

Statistik und Informationsmanagement Monatshefte

Herausgeberin:
Landeshauptstadt Stuttgart

Themen

7/2011

**Das Parteiensystem in deutschen Großstädten
bei Bundestagswahlen**

Pflegestatistik in Stuttgart 2009

Wege zur Arbeit: Pendelentfernungen in der
Region Stuttgart

Stuttgarter Zahlenspiegel

Veröffentlichungen zu den Themen



Aktuelle Grafik:

Wege zur Arbeit: Pendelentfernungen in der Region Stuttgart 227

Hauptbeiträge:

**Das Parteiensystem in deutschen Großstädten bei
Bundestagswahlen 228**

**Pflegestatistik in Stuttgart 2009
Acht Prozent mehr Pflegebedürftige als 2007 246**

Veröffentlichungen zu den Themen Rückseite

Impressum:

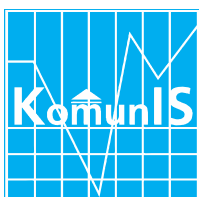
Statistik und Informationsmanagement, Monatsheft 7/2011

Herausgeberin:

Landeshauptstadt Stuttgart
Statistisches Amt, Eberhardstraße 39, 70173 Stuttgart
Telefon 07 11 2 16-98587, Telefax 07 11 2 16-98570
E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de

Internet: www.stuttgart.de/statistik
Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt: Thomas Schwarz

Preis pro Monatsheft: 4 €



Wege zur Arbeit: Pendelentfernungen in der Region Stuttgart

Ulrich Stein

Zwei Drittel aller in der Region Stuttgart wohnenden sozialversicherungspflichtig Beschäftigten pendelten im Juni 2010 zur Arbeit in eine andere Gemeinde aus. Von den etwa 202 000 Beschäftigten am Wohnort Stuttgart überquerte allerdings nur ein Drittel der Beschäftigten auf dem Weg zur Arbeit die Stadtgrenze. In den Gemeinden in den Landkreisen der Region Stuttgart belief sich der Anteil der außerhalb ihres Wohnorts arbeitenden Beschäftigten dagegen auf 76 Prozent.

Grundsätzlich ist ein höherer Auspendleranteil der Regionsgemeinden gegenüber Stuttgart zu erwarten, da die Regionsgemeinden die deutlich kleineren Gemarkungsflächen aufweisen. In Regionsmaßstäben gemessen würde ein Arbeitsplatz in Stuttgart-Mitte und ein Wohnort in Stuttgart-Möhringen (Entfernung in Straßenkilometern ca. 8 km) im Regelfall als „Pendelfall“ in die Beschäftigtenbilanz eingehen. Um bei der Analyse des Pendelverhaltens vom Einfluss unterschiedlicher Gemarkungsflächen von Gemeinden unabhängiger zu werden, bietet sich somit eine entfernungsabhängige Betrachtung an: So ist es zum Beispiel regionsweit relativ unwahrscheinlich, dass selbst bei Durchquerung des gesamten Stadtgebiets innerörtlich 15 Straßenkilometer auf dem Weg zur Arbeit zurückgelegt werden. Zwar sind Pendelentfernungen innerhalb Stuttgarts über 15 Kilometer denkbar (etwa von Giebel nach Plieningen oder von Vaihingen nach Mühlhausen, Stadtbezirke die jeweils mehr als 20 Straßenkilometer auseinander liegen), dürften aber die seltenere Ausnahme von der Regel sein.

Die Pendelentfernungen der Beschäftigten können nur von Ortskern zu Ortskern gemessen werden, da genauere Angaben aus der Beschäftigtenstatistik zu Wohn- und Arbeits-

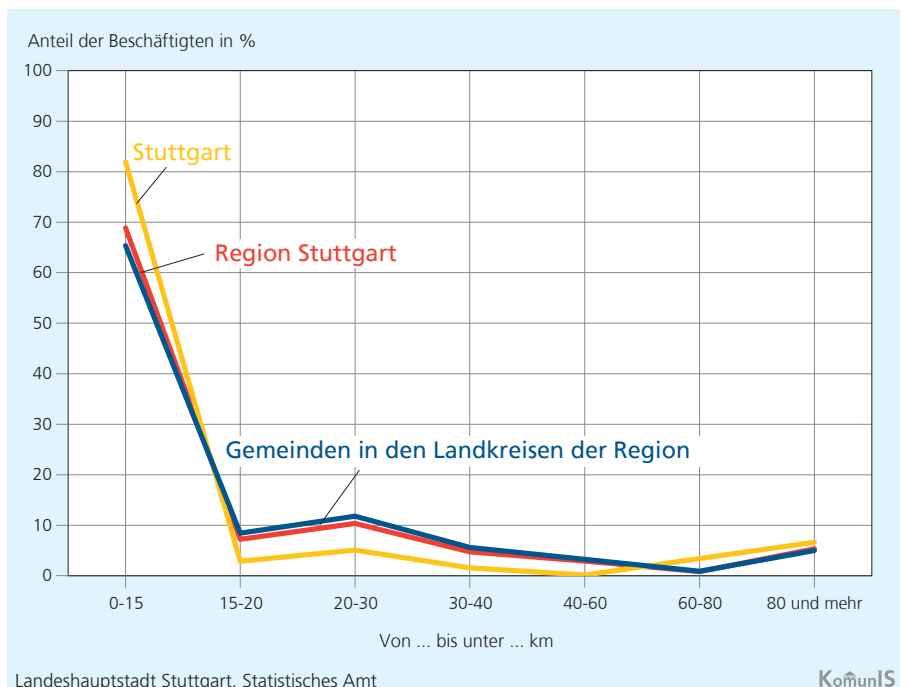
orten nicht in Erfahrung zu bringen sind. Einem in Stuttgart-Stammheim wohnhaften und in Kornwestheim arbeitenden Beschäftigten würde daher eine Pendelentfernung von 13 km zugeordnet (Entfernung Stuttgart-Mitte nach Kornwestheim-Mitte), wobei die tatsächliche Entfernung unter vier Kilometern liegen dürfte. In der Analyse der Pendelentfernungen wurde deshalb sowohl am Wohnort als auch am Zielort eines Pendlers (unter Annahme eines annähernd kreisförmigen Gemeindegebiets) der halbe Radius der jeweiligen Gemeindefläche von der Entfernung der jeweiligen Ortskerne abgezogen. Bei dieser Rechnung wurde also angenommen, dass die Wohnortwahl eines überörtlich Pendelnden tendenziell so erfolgt, dass der Arbeitsweg zwischen Wohn- und Arbeitsgemeinde verkürzt wird.

Gemäß diesen Schätzungen würden 85 Prozent der in Stuttgart wohnhaften Beschäftigten einen Arbeitsweg

von weniger als 20 km aufweisen, selbst wenn sie zur Arbeit auspendeln. In den Regionsgemeinden wären es 74 Prozent, die in diesem „Nahbereich“ zur Arbeit pendeln, der etwa von der Fläche einer Großstadt wie Stuttgart aufgespannt wird. 40 km und weiter pendeln aus Stuttgart wie auch aus anderen Gemeinden der Region jeweils zwischen acht und neun Prozent der Beschäftigten zur Arbeit aus. Es ist hier allerdings insbesondere bei sehr weiten Pendelentfernungen von zum Teil mehreren 100 Kilometern fraglich, ob nicht eine Nebenwohnung in der Nähe zum Arbeitsort besteht (als Wohnort wird statistisch immer der Hauptwohnsitz eines Beschäftigten erfasst). Auch entspricht durch das starke Aufkommen der Leiharbeit der statistische Arbeitsort (= Sitz des Leiharbeitsunternehmens) in einer zunehmenden Zahl der Fälle nicht dem tatsächlichen Einsatzort von Beschäftigten.

227

Abbildung: Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort im Juni 2010 nach der geschätzten Entfernung zu ihrem Arbeitsort



Thomas Schwarz

Das Parteiensystem in deutschen Großstädten bei Bundestagswahlen

Wichtige Eigenschaft eines Parteiensystems ist Grad der Zersplitterung

Ein Parteiensystem ist definiert durch die einzelnen Parteien und dem zwischen ihnen existierenden Beziehungsgeflecht. Die Politikwissenschaft unterscheidet hinsichtlich der Eigenschaften von Parteiensystemen zwei Dimensionen: die Regierungsdimension (Abschottung der Parteien untereinander in Bezug auf Koalitionen und Regierungsstabilität) und die Wahldimension. Hat man die Wahleigenschaften eines Parteiensystems im Visier, und um diese geht es in folgendem Beitrag ausschließlich, dann ist eine wichtige Eigenschaft eines Parteiensystems der Grad der Zersplitterung oder, je nach Blickwinkel, der Grad der Konzentration der Parteien.

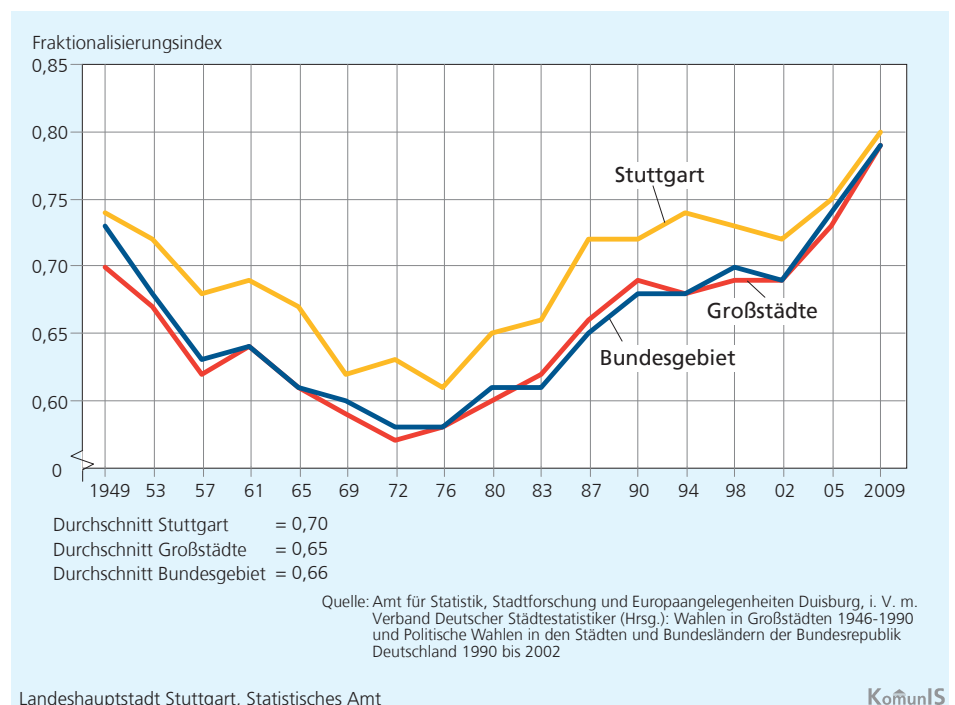
Zur Operationalisierung dieser Eigenschaft bietet sich der Index der **Fraktionalisierung** (F) nach Rae an. Er beinhaltet Informationen über die Anzahl der Parteien innerhalb des Parteiensystems und über die relative Gleichheit ihrer Stimmenanteile. Der Index ist normiert und deckt deshalb einen Wertebereich von 0 bis 1 ab, wobei F einen Wert von 0 in einem Einparteiensystem annehmen würde, hingegen einen Wert von 1 erreicht, wenn – rein hypothetisch – jeder Wähler seine eigene Partei gewählt hätte.

Weitere Parameter, die Parteiensysteme und ihre Entwicklung beschreiben, sind: Wer ist die führende Partei in der Parteienhierarchie und welche Anteile an den Wählerstimmen kann diese einnehmen? Wie groß ist die Bindungskraft der zwei stärksten Parteien, also die addierten Stimmenanteile von CDU/CSU und SPD?

Entwicklungslinien des deutschen Parteiensystems

Ausgehend von der Betrachtung der nationalen Ebene lässt sich das Parteiensystem seit Kriegsende in fünf Hauptphasen unterteilen.

Abbildung 1: Fraktionalisierung des Parteiensystems in Deutschland seit 1949



1949 bis 1969

Dominanz der Union

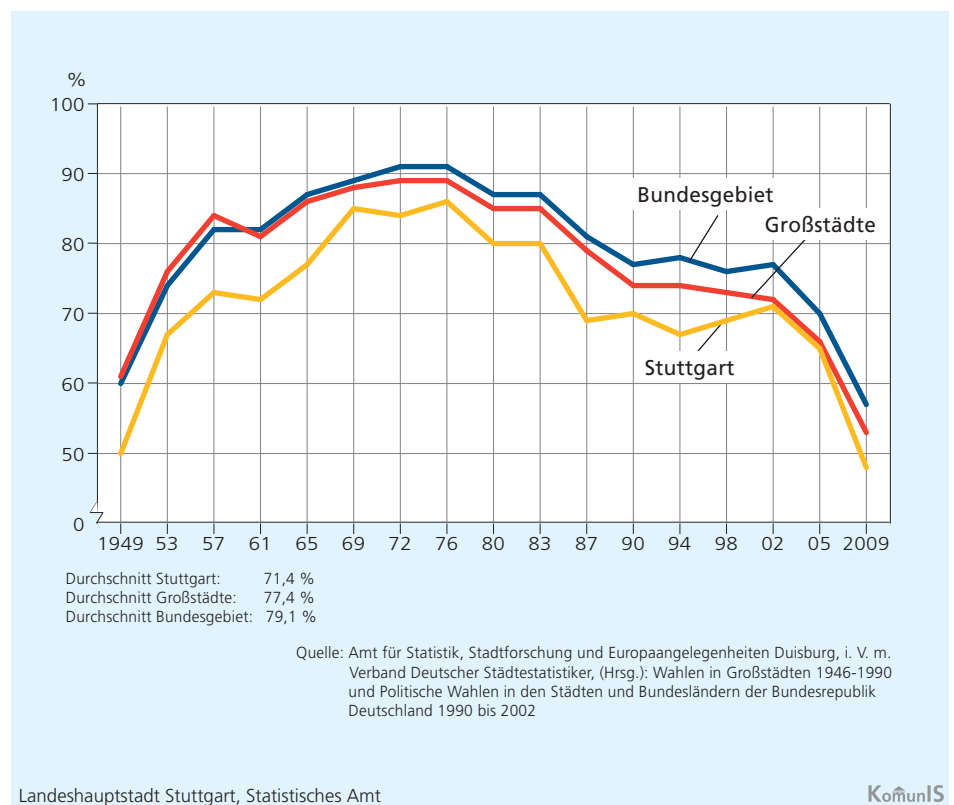
Die **erste Phase** war bestimmt durch die Dominanz der Unionsparteien. Noch wies das Parteiensystem 1949 eine hohe Zersplitterung auf (vgl. Abbildung 1), ohne allerdings Befürchtungen der Fortsetzung der Weimarer Verhältnisse (F größer als 0,80) Nahrung zu geben. Doch schon mit der Bundestagswahl 1953 setzte eine Parteenkonzentration ein. In einem stetigen Konzentrationsprozess zugunsten der Unionsparteien und mit einigen zeitlichen Abständen der SPD wurden Kleinparteien aufgesogen oder zur Bedeutungslosigkeit degradiert oder, wie im Falle der SRP und der KPD, aufgrund verfassungswidrigen Verhaltens verboten. Ab 1961 setzte sich der Bundestag nur aus drei Parteien zusammen (CDU/CSU, SPD, FDP).

1969 bis 1983

SPD Nr. 1 in den Großstädten; Hochphase der zwei großen Volksparteien

Die **zweite Phase** war durch ein Übergewicht der SPD gekennzeichnet, obwohl nur bei der Bundestagswahl 1972 die SPD auf Bundesebene mehr Stimmen auf sich vereinigen konnte als die CDU. Es war dies zugleich die unangefochtene Hochphase der etablierten Volksparteien (vgl. Abbildung 2). 1972 beteiligten sich nur sieben Parteien an der Bundestagswahl (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 2: Bindungskraft CDU/CSU und SPD bei Bundestagswahlen seit 1949

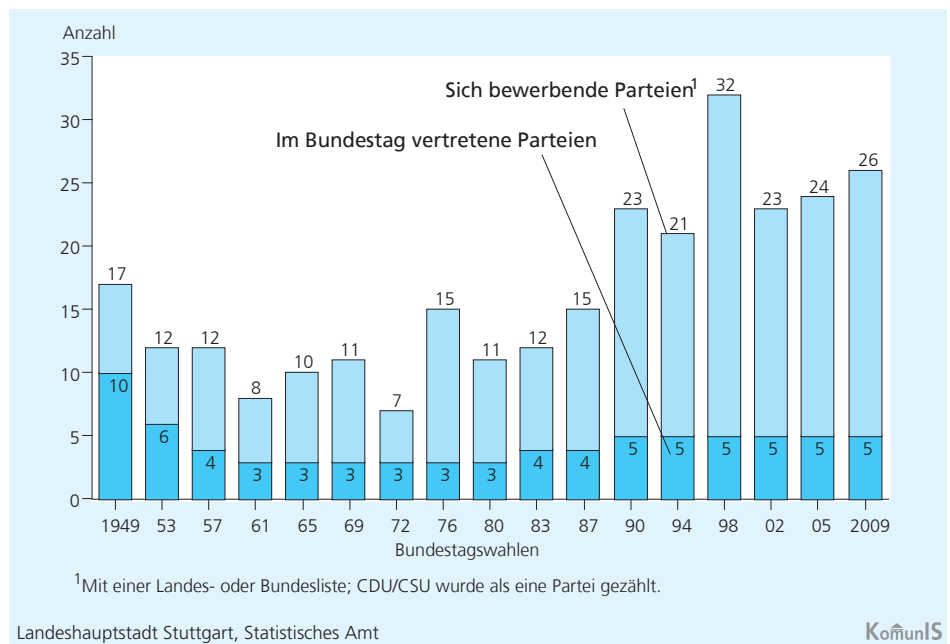


1983 bis 1998

Die GRÜNEN erweitern das Parteiensystem

Die **dritte Phase** ist wiederum durch eine Dominanz der Unionsparteien geprägt. Gleichwohl begannen sich die Vorzeichen für beide Volksparteien, zunächst eher verdeckt, zu wandeln. Anfang der 80er-Jahre setzte der Aufstieg der GRÜNEN ein, somit bestand der Bundestag ab 1983 erstmals wieder aus mehr als drei Parteien. Von Wahl zu Wahl kandidierten mehr Splitterparteien – all dies bewirkte eine Schrumpfung der Wählerbasis der Volksparteien. Aus einem Zweieinhalb-Parteiensystem¹ entstand ein „Zweiblöckesystem“ (Eckhard Jesse): Schwarz-Gelb versus Rot-Grün. Anfang der 90er-Jahre brachte die deutsche Einheit einen weiteren gravierenden Einschnitt mit einem eigenständigen Wahlverhalten der neuen Bun-

Abbildung 3: Kandidierende Parteien und im Bundestag vertretene Parteien 1949 bis 2009



desländer. Dem Bundestag gehörte mit der PDS nun eine fünfte Partei an. Zugleich geht, beginnend in dieser Phase, die zuvor (im internationalen Vergleich) extrem hohe Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen zurück.

1998 bis 2005

Mit der Bundestagswahl 1998 (Phase vier), dem Ende der Ära Helmut Kohl und dem Regierungswechsel zu Rot-Grün (Schröder/Fischer), setzte sich die SPD erstmals seit 1972 wieder an die Spitze der Parteienrangfolge im Bund. Die GRÜNEN, als Protestpartei gegründet, waren im politischen Establishment angekommen.

Ab 2005

Bereits 2005 gelang es der CDU/CSU wieder zur Regierungspartei zu werden, zunächst in einer Großen Koalition und seit 2009 in einer schwarz-gelben Koalition (fünfte Phase). Freilich, die Abnahme der Bindungskraft der zwei großen Parteien erfährt jetzt eine deutliche Beschleunigung. Die SPD erreichte 2009 ihren tiefsten Stand seit 1949 und die Union seit 1953. Seit der Bundestagswahl 2005 existiert ein asymmetrisches „fluides Fünf-Parteiensystem“ (Oskar Niedermayer) dadurch, dass sich die Linkspartei² auch in den alten Bundesländern etablierte und zu einer ernst zu nehmenden Konkurrenz im linken politischen Spektrum wurde.

Parallel dazu stieg die Auffächerung des Parteiensystem auf immer neue Höchstwerte an (vgl. Abbildung 1). Mit der Expansion der GRÜNEN und später der Linkspartei geriet die SPD durch diese neuen Konkurrenten zunehmend unter Druck, andererseits dominierte das linke politische Lager (SPD, GRÜNE, LINKE), das zusammen mehr als die Hälfte der Wähleranteile bei den Bundestagswahlen 1998 bis 2005 erreichte.

Das Parteiensystem der Großstädte

Wie stellt sich das Parteiensystem in den deutschen Großstädten dar? Welche Entwicklungen sind hier zu verzeichnen? Schneiden die Parteien in den Großstädten anders ab als im Bund? Ausgewählt wurden die 15 größten deutschen Städte, die alle über 500 000 Einwohner (außer Duisburg³) haben und insgesamt knapp 16 Prozent der Wahlberechtigten bei Bundestagswahlen (2009: 15,6 %; Wähler: 15,5 %) repräsentieren.

Das Parteiensystem in den Großstädten ist nicht aufgefächerter als im Bund

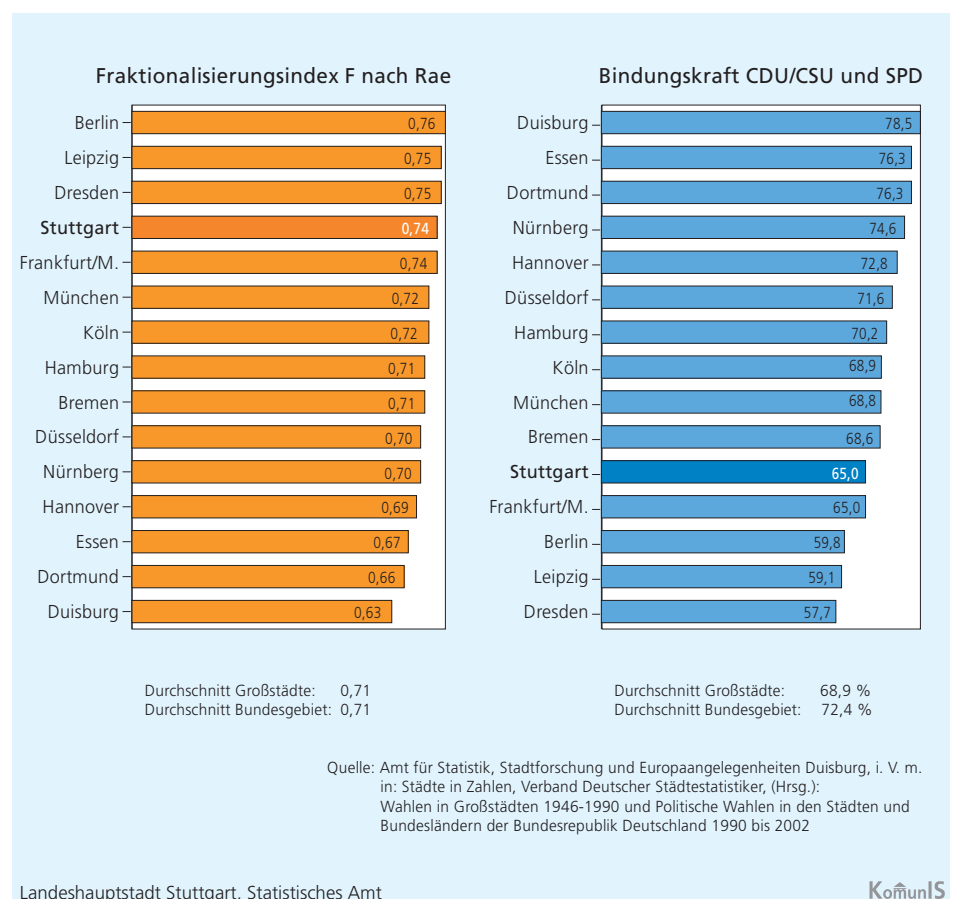
Die Entwicklungslinien des bundesdeutschen Parteiensystems spiegeln sich, was das Ausmaß der Parteienpluralität angeht, grundsätzlich auch in den deutschen Großstädten wider. Im Durchschnitt der betrachteten 15 Großstädte ergibt sich ein beinahe identischer Fraktionalisierungsgrad.

Bemerkenswert sind freilich die beträchtlichen lokalen Unterschiede der Parteiensysteme. Unterschiedliche soziale und ökonomische Strukturen, kulturelle und politische Traditionen führen zu regionalen Variationen der Parteiensysteme.

In Ruhrgebietsstädten ist Parteiensystem am wenigsten, ...

Die geringste Zersplitterung des Parteiensystems (vgl. Abbildung 4) charakterisieren die Ruhrgebietsstädte Duisburg (0,63)⁴, Dortmund (0,66)⁴ und Essen (0,67)⁴ – allesamt traditionelle SPD-Städte. Diesen stehen die Bundeshauptstadt Berlin (0,76)⁴ und die ostdeutschen Städte Dresden und Leipzig (je 0,75)⁴ mit sehr stark fraktionalisierten Parteiensystemen gegenüber.

Abbildung 4: Fraktionalisierung des Parteiensystems und Bindungskraft CDU/CSU und SPD in deutschen Großstädten 1990/2009



... in Stuttgart und Frankfurt/M. in den alten Bundesländern am stärksten aufgefächert

Auf nahezu gleichem hohen Niveau bewegen sich die Fraktionalisierungsindizes von Stuttgart und Frankfurt/M., gefolgt von München und Köln.

Auffällig ist freilich der zuletzt bei der Bundestagswahl 2009 feststellbare Anstieg der Zersplitterung der Stimmenanteile auch in Städten mit bislang eher weniger aufgefächerten Parteienlandschaften, was einem Nivellierungstrend in der Fraktionalisierung auf höchstem Niveau gleichkommt (vgl. Tabelle 1).

In den Großstädten Bindungskraft etwas niedriger als im Bundesdurchschnitt

In den Großstädten ist die Bindungskraft der zwei großen Parteien, sieht man einmal von den ersten drei Bundestagswahlen ab, stets etwas geringer als im Bundesdurchschnitt; in der Tendenz sind diese Abstände bei den letzten Wahlgängen leicht gestiegen (ca. 3 bis 4 %-Pkte). Im Vergleich zum Bundesdurchschnitt hatten die 15 größten Städte Deutschlands 2009 im Mittel eine um sechs Prozent niedrigere Bindungskraft.

Größere Unterschiede zwischen Großstädten bei Bindungskraft

Allerdings unterscheiden sich auch in diesem Punkt die einzelnen Großstädte zum Teil erheblich voneinander (vgl. Tabelle 2). Die Bindungskraft kann um bis zu 20 Prozentpunkte differieren. Das Muster der Großstädte, das sich schon bei der Auffächerung des Parteiensystems gezeigt hat, bestätigt sich auch bei der Bindungskraft. Die niedrigsten Werte haben die ostdeutschen Städte, Berlin sowie Frankfurt/M. und Stuttgart (vgl. Abbildung 4).

Führende Partei

In den 50er-Jahren war Union, in den 60er- und 70er-Jahren SPD führende Partei in Großstädten

War die Union in den 50er-Jahren noch in den meisten bundesdeutschen Großstädten stärkste Partei, gelang es der SPD in den 60er-Jahren für zwei Jahrzehnte fast überall zur Nr. 1 in den Großstädten zu werden (vgl. Karten 1 und 2). Erst 1983 vermochte die Union, was die CSU in München bereits 1976 schaffte, auf breiter Front in die SPD-Phalanx in den Großstädten einzudringen und bis 1998 in den ostdeutschen Städten Dresden und Leipzig sowie in Stuttgart, Nürnberg und Frankfurt/M. stärkste Partei zu werden.

232

2009 CDU/CSU in 8 von 15 Großstädten Nr. 1

An diese Entwicklung konnte dann 2009 angeknüpft werden, zusätzlich kletterte die CDU in Hamburg, Köln und Düsseldorf an die erste Stelle in der Parteienhierarchie. Während dies in Hamburg noch bei keiner Bundestagswahl nach dem Krieg vorgekommen war, waren Köln und Düsseldorf ursprünglich in den ersten beiden Nachkriegsdekaden CDU-Städte, in denen erst ab 1965 beziehungsweise 1969 die SPD zur Nr. 1 bei Bundestagswahlen avancierte.

CDU in Großstädten traditionell nur unterdurchschnittlich

CDU erreicht in Großstädten rund ein Fünftel weniger Stimmenanteile

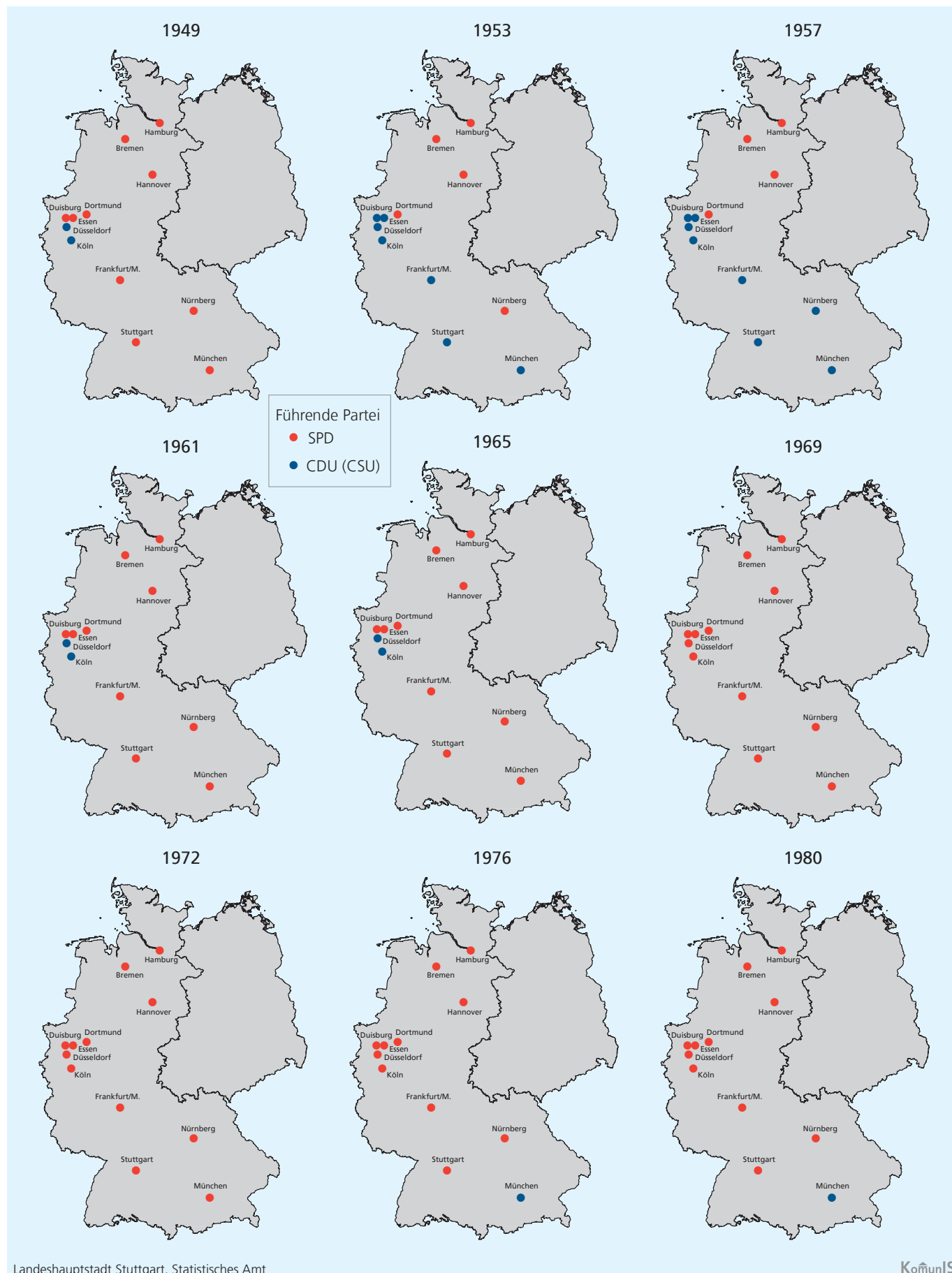
Die CDU/CSU hat in den 15 deutschen Großstädten im Mittel durchweg bei allen 17 Bundestagswahlen niedriger notiert als im Bundesdurchschnitt (vgl. Tabelle 3); in der Hochphase zwischen 1969 und 1983 waren die Großstadtergebnisse zwischen neun und zehn Prozentpunkte niedriger. In den 90er-Jahren schwächte sich der Großstadt-Malus der Union deutlich ab; einen „Rückschlag“ auf das Niveau der 70er-Jahre brachten dann die Bundestagswahlen 2002 und 2005. Bei der letzten Bundestagswahl 2009 war wieder eine leichte Abschwächung des Großstädtedefizits feststellbar; entgegen dem sonstigen Parteitrend konnte die CDU in Berlin, Bremen, Duisburg, Dresden und Leipzig sogar ihr Ergebnis steigern. Und, erstmals seit der Bundestagswahl 1957 konnte die Union, allerdings nur aufgrund stärkerer Verluste der SPD, in den 15 größten deutschen Städten im Durchschnitt höhere Zweitstimmenanteile erzielen als die SPD.

Bei einer stadtspezifischen Betrachtung des Abschneidens der Unionsparteien bei Bundestagswahlen ist festzuhalten, dass es, von dem überragenden CDU-Ergebnis in Düsseldorf bei den Bundestagswahlen 1949 bis 1961 abgesehen, bislang nur der CSU in München und Nürnberg bei den Bundestagswahlen 1994 bis 2005 gelang, in einer Großstadt das Bundesergebnis zu übertreffen.

CDU/CSU in München, Nürnberg, Dresden und Düsseldorf mit besten Großstadtergebnissen

In München und Nürnberg sowie in Dresden und Düsseldorf schnitten die Unionsparteien in der jüngeren Vergangenheit bei Bundestagswahlen in der Gruppe der 15 größten deutschen Städte regelmäßig am besten ab. Stuttgarts Position schwankte zwischen den Plätzen drei (1998) und sieben (1990); 2009 wurde ein fünfter Platz eingenommen.

Karte 1: Dominanz von CDU (CSU) und SPD in deutschen Großstädten bei Bundestagswahlen 1949 bis 1980



Karte 2: Dominanz von CDU (CSU) und SPD in deutschen Großstädten bei Bundestagswahlen 1983 bis 2009

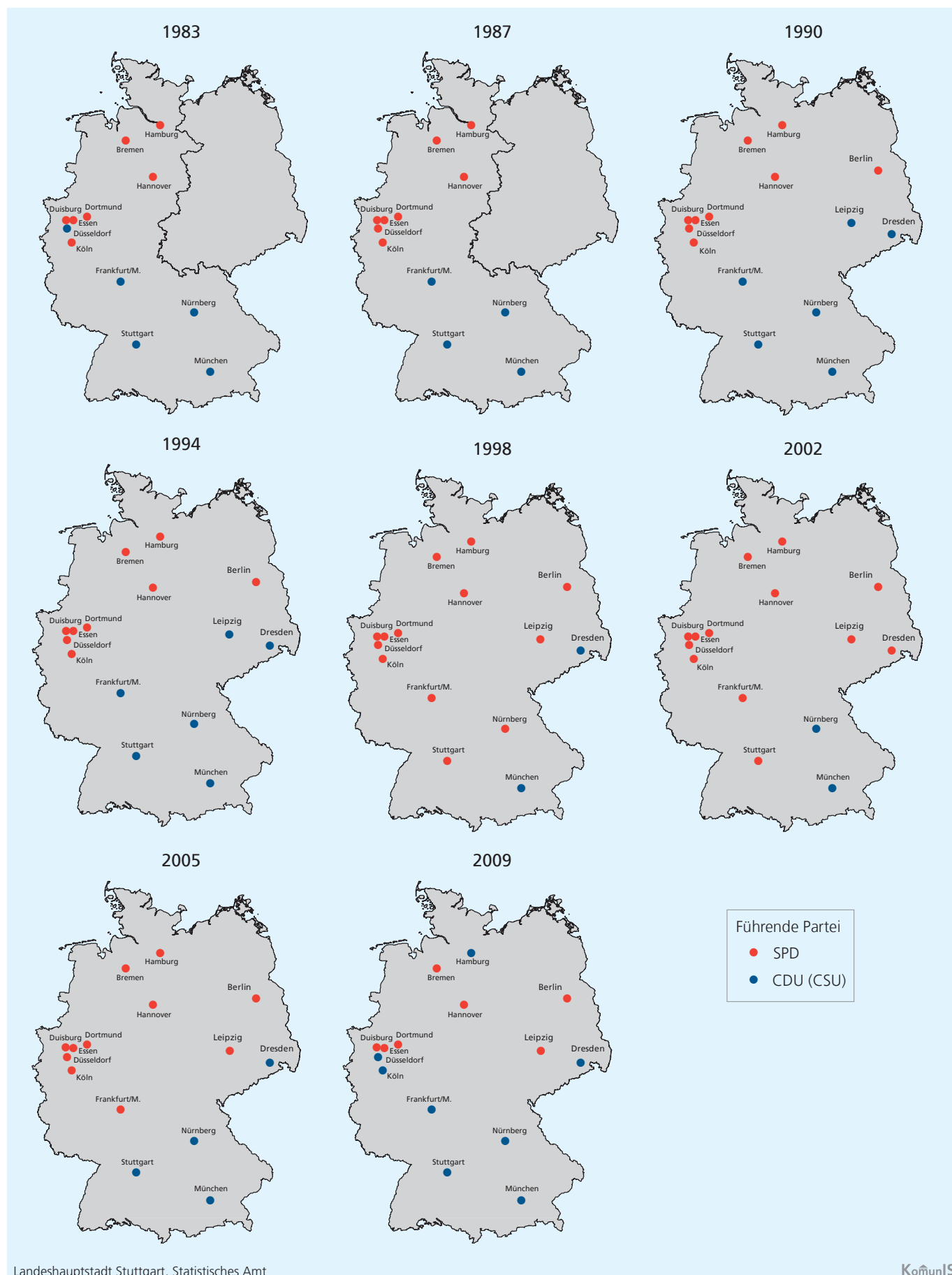
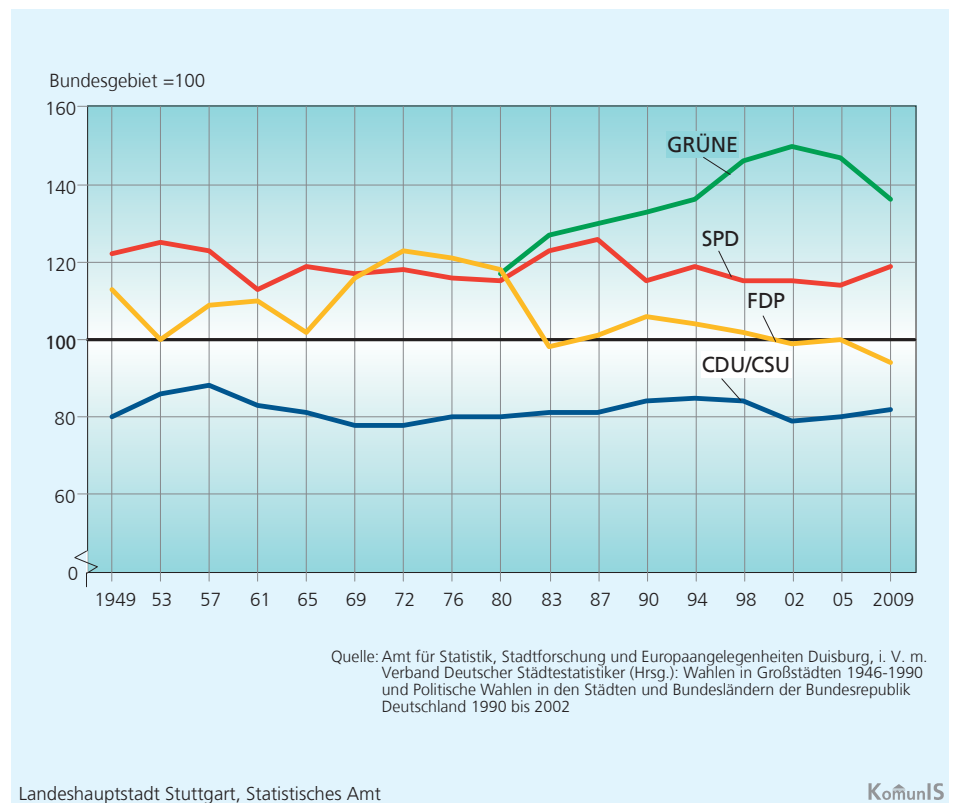


Abbildung 5: Ergebnisse der CDU/CSU, SPD, GRÜNEN und FDP in den Großstädten im Vergleich zum Bundesgebiet seit 1949



SPD 2009 nicht mehr die Nr. 1 in den Großstädten, aber immer noch eine Großstadt-Partei

235

Im Unterschied zur Union schnitt die SPD bei allen 17 Bundestagswahlen im Durchschnitt der Großstädte besser ab als im Bundesdurchschnitt (vgl. Tabelle 4); 1969 wurde der Höhepunkt mit einem Plus von 9,3 Prozentpunkten erreicht. Bei den Bundestagswahlen 1969 bis 1976 kam die SPD im Schnitt auf jeweils mehr als die Hälfte aller Stimmenanteile in den deutschen Großstädten.

SPD verlor ihre klassische Dominanz in den Großstädten

Seit Beginn der 90er-Jahre schmolz der Vorsprung in den Großstädten zusammen, zeigte aber seit der Bundestagswahl 2002 wieder aufsteigende Tendenz. Dennoch bleibt festzuhalten, dass die SPD zuletzt 2009 nur noch ein Viertel (25,5 %) der Wähleranteile in den deutschen Großstädten erreichte, weniger als die CDU (27,8 %). Der Grund stellt zum einen die Konkurrenz der GRÜNEN dar; der einst große, rund 30 Prozentpunkte umfassende Abstand zu den GRÜNEN ist in den Großstädten alles in allem auf ein Drittel zusammengeschmolzen. In Berlin, Dresden, Frankfurt/M. und München ist dieser kaum noch vorhanden; in Stuttgart schoben sich bei der Bundestagswahl 2009 sogar die GRÜNEN erstmals vor die SPD. Speziell in Berlin, Dresden und Leipzig kam die Linkspartei wettbewerbsverschärfend mit über 20 Prozent Wähleranteilen hinzu; in den westdeutschen SPD-Hochburgen setzten der SPD zweistellige Ergebnisse (zwischen 10 und 14 % Zweitstimmenanteile) der LINKEN zu.

SPD-Entwicklung in Düsseldorf, Köln, München und Stuttgart seit 1990 am schlechtesten

In den genannten Städten hat die SPD seit den 90er-Jahren, in München und Stuttgart bereits seit den 80er-Jahren, keinen Großstadtbonus mehr. Gemessen an der Generalentwicklung der SPD-Anteile im Bund und in den Großstädten (über 500 000 Einwohner) wies die SPD in den letzten zwei Dekaden vor allem in Düsseldorf, Köln, München und Stuttgart die schlechteste Entwicklung auf. Das Stuttgart-Ergebnis war dabei das viertschlechteste Großstadt-Ergebnis⁵ der SPD.

GRÜNE mit starker Großstadtprägung

GRÜNE mit ausgesprochenem Großstadtvorteil

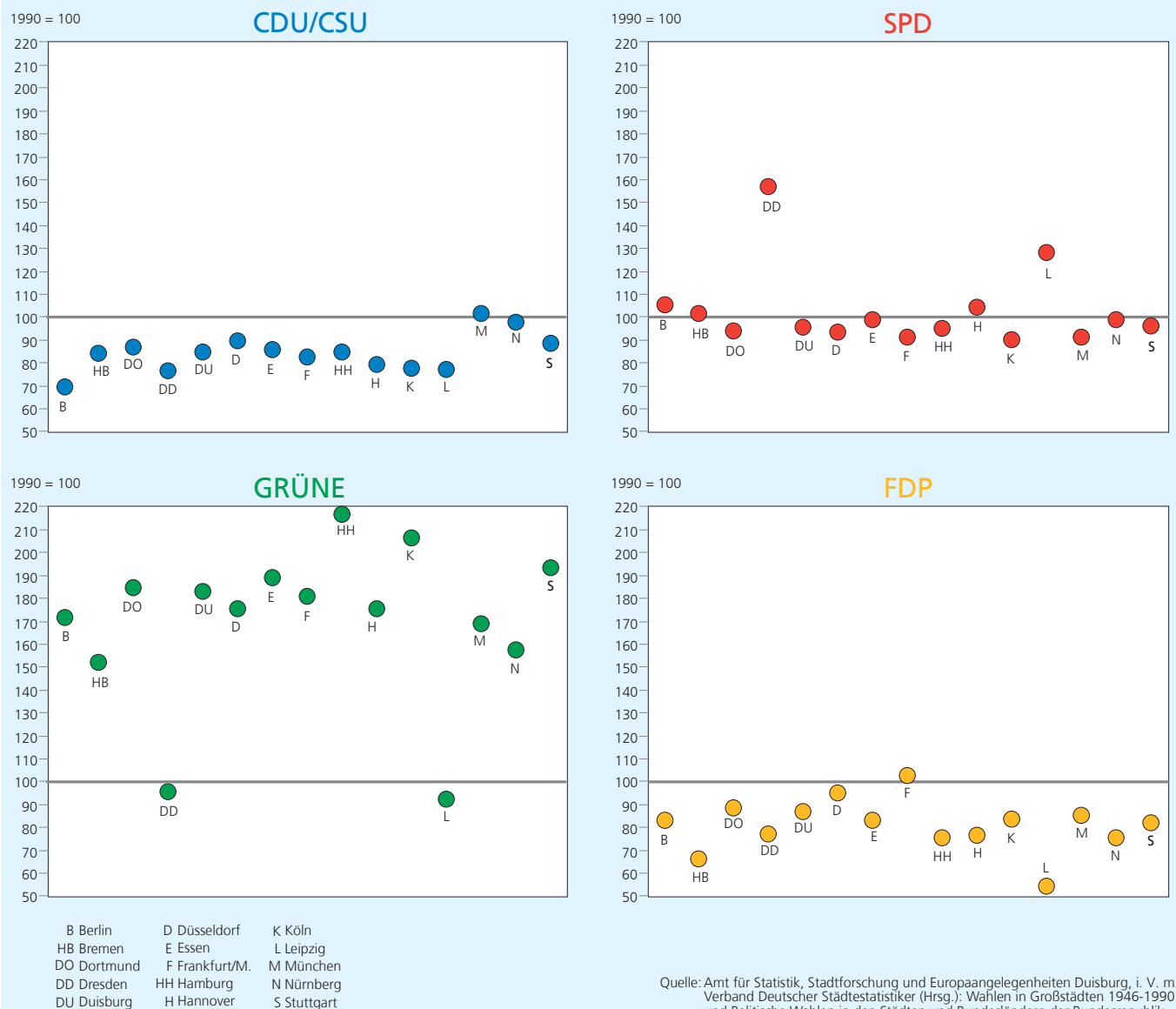
Besondere GRÜNE-Hochburgen in Stuttgart, Köln, München und Frankfurt/M.

Seit der letzten Bundestagswahl 2009 sind die GRÜNE, außer in Duisburg (8,5 %), in allen großen deutschen Städten zweistellig repräsentiert, mit Stuttgart (20,1 %) an der Spitze. Von Anfang an waren die GRÜNE in Großstädten stärker vertreten und zeigten ein ausgesprochenes Großstadtprofil (vgl. Tabelle 5). Dies gipfelte bei der Bundestagswahl 2002 in einem um durchschnittlich 50 Prozent besseren Zweitstimmenergebnis in den 15 größten deutschen Städten als im Bundesdurchschnitt.

Der Großstadtvorsprung der GRÜNE verringerte sich zuletzt bei der Bundestagswahl 2009 etwas. Bestehen bleibt allerdings ein Gefälle zwischen den Ergebnissen der GRÜNE in den Ruhrgebietsstädten, wo sich die GRÜNE freilich von einem niedrigen Ausgangsniveau aus stark verbesserten, und in den ostdeutschen Städten, in denen die GRÜNE den Bundesdurchschnitt nicht erreichten, und den Ergebnissen in den GRÜNE-Hochburgen in Stuttgart, Köln, München und Frankfurt/M.

Abbildung 6: Entwicklung der Parteien in den Großstädten bei Bundestagswahlen 1990 bis 2009

236



Bei den ersten Auftritten der GRÜNEN bei Bundestagswahlen bis zu Beginn der 90er-Jahre war es Bremen vorbehalten, die Großstadt (über 500 000 Einwohner) zu sein, die die höchsten GRÜNEN-Zweitstimmenanteile hatte. Danach schob sich Frankfurt/M. an die Spitze der Großstädte bis zur Bundestagswahl 2009, als Köln (Nr. 2) und Stuttgart (Nr. 1) Frankfurt/M. hinsichtlich der GRÜNEN-Anteile überholen konnte.

FDP wies im Grunde nur in der sozial-liberalen Ära eine breite Großstadtverankerung auf

FDP nur in der Zeit der sozial-liberalen Koalition mit Großstadtbonus

Die FDP hatte, abgesehen von den frühen Bundestagswahlen 1949, 1957 und 1961, hauptsächlich in der Phase von 1969 bis 1983 (im wesentlichen die Zeit der sozial-liberalen Koalition) einen Großstadtbonus. Seit 1983 ist davon kaum noch etwas übrig geblieben. Zuletzt 2009 schnitt die FDP im Durchschnitt der Großstädte sogar erstmals seit 1949 schlechter ab als im Bund insgesamt (vgl. Tabelle 6).

Stuttgart FDP-Hochburg

Allerdings: Auch bei der FDP – Parallelen sind hier zu den GRÜNEN vorhanden – ist das Großstadtbild ein sehr uneinheitliches. In einzelnen Städten wie Frankfurt/M. und insbesondere Stuttgart hat die FDP traditionsreiche Hochburgen mit, gemessen am Bundesergebnis, überdurchschnittlichen Wähleranteilen seit der ersten Bundestagswahl 1949. Bis Ende der 90er-Jahre gehörten dazu auch Hamburg und Hannover. Seit den 60er-Jahren schneiden die Liberalen regelmäßig auch in den Metropolen Düsseldorf, Köln und München überdurchschnittlich gut ab.

Abstand des FDP-Ergebnisses von Stuttgart zu Düsseldorf, Frankfurt/M. und München hat sich seit Mitte der 90er-Jahre stark verringert

Ein weiterer Aspekt aus der Stuttgart-Perspektive: Seit Mitte der 90er-Jahre hebt sich das Zweitstimmenergebnis der Stuttgarter FDP kaum noch von dem in Düsseldorf, Frankfurt/M. und München ab.

Zusammenfassung

Starker Auffächerungstrend im deutschen Parteiensystem seit drei Jahrzehnten; Stuttgart gehört zu den Großstädten mit höchster Parteienpluralität

Das Parteiensystem in den 15 größten deutschen Städten, die rund 16 Prozent der Wahlberechtigten im Bund bei Bundestagswahlen repräsentieren, unterliegt seit rund drei Jahrzehnten dem stetigen Trend einer zunehmenden Auffächerung der Wähleranteile auf eine deutlich gewachsene Anzahl kandidierender Parteien. Das unterscheidet die Großstädte im Durchschnitt nicht vom generellen Trend in der Republik. Der bei der letzten Bundestagswahl 2009 gemessene Grad an Zersplitterung reicht schon fast an das Niveau in der Weimarer Zeit heran⁶. Innerhalb der Großstädte variiert der Zersplitterungsgrad zwischen den Ruhrgebietsstädten mit niedrigem Fraktionalisierungswert und den ostdeutschen Städten, Berlin sowie Stuttgart und Frankfurt/M. mit einer höheren Parteienpluralität. Korrespondierend dazu sind die Unterschiede zwischen den Großstädten in der Bindungskraft der beiden großen Parteien ausgerichtet.

In der Zusammensetzung und Stärke der einzelnen Parteien unterscheiden sich die größten deutschen Städte zum Teil beträchtlich. Unterschiedliche soziale und ökonomische Strukturen, kulturelle und politische Tradition haben seit jeher bei Bundestagswahlen zu mehr oder weniger großen regionalen Variationen und Entwicklungen der Parteiensysteme geführt.

CDU tat sich in Großstädten schon immer schwer

Die Unionsparteien waren noch in den 50er-Jahren in den meisten bundesdeutschen Großstädten jeweils führende Partei, wurden dann aber in den 60er-Jahren für zwei Jahrzehnte fast vollständig von der SPD als führende Partei verdrängt. Erst bei jüngeren Bundestagswahlen konnte die Union wieder peu à peu an die frühere Dominanz knüpfen, aber weniger aufgrund eigener Stärke als aufgrund der Schwäche der SPD. Grundsätzlich bleibt die CDU aber eine Partei, die sich in Großstädten schwerer tut.

SPD verliert zunehmend ihren traditionellen Großstadtbonus

Die SPD vermochte bei allen Bundestagswahlen in den Großstädten überdurchschnittlich abzuschneiden; unübersehbar ist aber seit zwei Dekaden, wie dieser Großstadtbonus aufgezehrt wird durch die zunehmende Konkurrenz der GRÜNEN und der LINKEN. Im besonderen Maße ist dies in Stuttgart sowie in Berlin, Dresden, Frankfurt/M., Köln, Düsseldorf und München zu beobachten.

GRÜNE von Anfang an eine Partei mit starker Großstadtprägung

Die GRÜNEN waren von Anfang an, allerdings mit Ausnahme der ostdeutschen Städte und der Ruhrgebietsstädte, eine Partei mit einer starken Großstadtprägung. Nachdem in den ersten beiden Dekaden seit der Gründung der Partei die GRÜNEN in Bremen im Großstadtvergleich am stärksten waren, ging diese Spitzenstellung in der Folge auf Frankfurt/M. und bei der Bundestagswahl 2009 erstmals auf Stuttgart über.

FDP schneidet in Großstädten sehr unterschiedlich ab

Den Status einer Partei mit starkem Großstadtakzent erreichte die FDP nur während der Zeit der sozial-liberalen Koalition. Allerdings haben auch die Liberalen in einigen deutschen Großstädten traditionsreiche Hochburgen, so in Stuttgart und Frankfurt/M. Gute Ergebnisse erzielten die Liberalen aber auch durchweg in den letzten Jahrzehnten in Düsseldorf, Köln und München.

In prosperierenden westdeutschen Großstädten ist Zersplitterung des Parteiensystems am größten, die Bindungskraft von Union und SPD am geringsten, sind GRÜNE und FDP am stärksten

So sind es häufig die prosperierenden großen westdeutschen Städte in Deutschland, die ein zersplittertes, durch eine geringere Dominanz der beiden großen Parteien geprägtes Parteiensystem haben, das obendrein charakterisiert ist durch eine starke Repräsentanz der GRÜNEN und der FDP. Gemeinsam ist diesen Städten (Düsseldorf, Frankfurt/M., München, Nürnberg, Stuttgart) auch, dass die Parteien der linken Hälfte des Parteienspektrums (SPD, GRÜNE, LINKE) hier zusammen nicht die absolute Stimmenmehrheit bei den Bundestagswahlen seit 1990 besessen haben, wie dies in den anderen Großstädten (außer Dresden) der Fall war (vgl. Tabelle 8). Auch Berlin und die ostdeutschen Städte sind durch eine höhere Pluralität des Parteiensystems geprägt, aber hier ausgelöst vorwiegend durch eine starke Linkspartei. Auf der anderen Seite der Skala stehen die Ruhrgebietsstädte, die nach wie vor ein homogeneres, stark SPD-geprägtes Parteiengefüge besitzen.

Eine Spitzenstellung im „Konzert“ der 15 größten deutschen Städte nimmt bei Bundestagswahlen sowohl hinsichtlich des Grades der Zersplitterung seines örtlichen Parteiensystems als auch der Stärke der GRÜNEN und der FDP Stuttgart ein.

Autor:
Thomas Schwarz
Telefon: (0711) 216-98591
E-Mail: thomas.schwarz@stuttgart.de

- 1 Vgl. Karl-Rudolf Korte: Veränderungen im Parteiensystem, 2009 (www.bpb.de/themen/CX5CEX.html).
- 2 Die LINKE entstand 2007 durch Verschmelzung der WASG und der PDS.
- 3 Duisburg rutschte 2006 unter die 500 000-Einwohner-Grenze.
- 4 Im Durchschnitt der Bundestagswahlen 1990 bis 2009; vgl. Tabelle 1.
- 5 Außer 1994: letzter Platz unter den 15 größten deutschen Städten.
- 6 Das Wahlrecht der Weimarer Republik sah allerdings eine leichter überwindbare Sperrklausel vor, die dazu führte, dass zwischen einem Drittel und 40 Prozent der angetretenen Parteien auch ein Mandat erhielten. Durch die Fünf-Prozent-Klausel im heutigen Bundeswahlrecht schaffen dies bei Bundestagswahlen im Schnitt (1990 – 2009) nur etwa 21 Prozent der angetretenen Parteien.

Literaturverzeichnis:

Gabriel, O. W.: Democracy in big cities: The German case. Stuttgart 1997 (unveröff. Vortragsmanuskript).

Jesse, E.: Die Parteien im westlichen Deutschland von 1945 bis zur deutschen Einheit 1990, in: Gabriel, O. W./Niedermayer, O./Stöss, R. (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung. Schriftenreihe Bd. 338, 1997, S. 59 – 83.

Mielke, G.: Sozialer Wandel und politische Dominanz in Baden-Württemberg. Berlin 1987, S. 148 – 154.

Niedermayer, O.: Das gesamtdeutsche Parteiensystem, in: Gabriel, O. W./Niedermayer, O./Stöss, R. (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung. Schriftenreihe Bd. 338, 1997, S. 106 – 130.

Rae, D. W.: The Political Consequences of Electoral Laws. New Haven 1967.

Tabelle 1: Fraktionalisierung¹ des Parteiensystems in deutschen Großstädten bei Bundestagswahlen 1949 bis 2009

Stadt	Bundestagswahl																	Durchschnitt 1949 - 2009	Durchschnitt 1990 - 2009
	1949	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990	1994	1998	2002	2005	2009		
Berlin												0,72	0,74	0,76	0,76	0,78	0,82	0,76	0,76
Bremen	0,72	0,70	0,66	0,65	0,64	0,62	0,57	0,59	0,63	0,64	0,68	0,70	0,69	0,67	0,68	0,73	0,80	0,67	0,71
Dortmund	0,69	0,63	0,59	0,61	0,56	0,55	0,52	0,54	0,55	0,58	0,59	0,62	0,62	0,61	0,64	0,67	0,78	0,61	0,66
Dresden												0,71	0,70	0,76	0,76	0,79	0,78	0,75	0,75
Duisburg	0,70	0,64	0,59	0,61	0,57	0,55	0,50	0,52	0,54	0,55	0,56	0,60	0,59	0,58	0,62	0,66	0,76	0,60	0,63
Düsseldorf	0,70	0,63	0,59	0,65	0,61	0,61	0,60	0,59	0,62	0,63	0,67	0,68	0,63	0,69	0,70	0,73	0,78	0,65	0,70
Essen	0,70	0,65	0,58	0,61	0,57	0,56	0,54	0,55	0,58	0,59	0,61	0,64	0,64	0,62	0,66	0,69	0,77	0,62	0,67
Frankfurt/M.	0,72	0,69	0,65	0,66	0,64	0,62	0,61	0,60	0,62	0,64	0,69	0,70	0,72	0,73	0,73	0,77	0,80	0,68	0,74
Hamburg	0,72	0,69	0,64	0,65	0,62	0,58	0,58	0,58	0,62	0,62	0,67	0,68	0,70	0,68	0,71	0,73	0,79	0,66	0,71
Hannover	0,66	0,67	0,66	0,64	0,62	0,58	0,58	0,58	0,60	0,63	0,66	0,67	0,69	0,66	0,65	0,70	0,79	0,65	0,69
Köln	0,67	0,61	0,56	0,62	0,60	0,59	0,58	0,59	0,62	0,62	0,67	0,68	0,70	0,69	0,71	0,74	0,80	0,65	0,72
Leipzig												0,76	0,72	0,75	0,74	0,77	0,79	0,75	0,75
München	0,68	0,69	0,63	0,64	0,63	0,62	0,59	0,60	0,63	0,64	0,70	0,72	0,70	0,70	0,68	0,74	0,79	0,67	0,72
Nürnberg	0,71	0,69	0,62	0,66	0,66	0,62	0,58	0,58	0,61	0,62	0,66	0,70	0,67	0,65	0,65	0,72	0,80	0,66	0,70
Stuttgart	0,74	0,72	0,68	0,69	0,67	0,62	0,63	0,61	0,65	0,66	0,72	0,72	0,74	0,73	0,72	0,75	0,80	0,70	0,74
Ø Großstädte	0,70	0,67	0,62	0,64	0,61	0,59	0,57	0,58	0,60	0,62	0,66	0,69	0,68	0,69	0,69	0,73	0,79	0,65	0,71
Ø Bundesgebiet	0,73	0,68	0,63	0,64	0,61	0,60	0,58	0,58	0,61	0,61	0,65	0,68	0,68	0,70	0,69	0,74	0,79	0,66	0,71

¹ Fraktionalisierungsindex F nach Rae; eigene Berechnungen.

Datenquelle: Amt für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegenheiten Duisburg i.V.m. Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.): Wahlen in Großstädten 1946-1990 und Politische Wahlen in den Städten und Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland 1990-2002; Angaben der Städte

Tabelle 2: Bindungskraft¹ der großen Parteien CDU/CSU und SPD bei Bundestagswahlen 1949 bis 2009

Stadt	Bundestagswahl									
	1949	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983
Berlin										
Bremen	50,7	64,7	77,5	76,6	81,4	83,7	87,3	85,9	80,4	82,2
Dortmund	72,6	83,9	90,1	86,2	91,6	91,4	92,3	92,3	89,0	89,2
Dresden										
Duisburg	68,5	83,5	89,8	87,0	91,0	91,7	93,0	92,9	89,5	91,5
Düsseldorf	69,6	81,5	86,4	80,4	87,2	87,7	86,1	89,4	84,9	85,5
Essen	62,8	81,5	91,0	87,5	91,2	91,7	92,0	91,9	87,8	89,3
Frankfurt/M.	61,6	73,7	82,0	78,1	82,0	84,7	85,7	87,8	84,9	82,7
Hamburg	59,4	74,8	83,3	78,8	85,9	88,7	87,7	88,5	82,9	85,0
Hannover	64,5	74,4	78,8	80,4	85,2	89,5	88,4	89,6	85,5	84,7
Köln	76,8	84,7	89,5	83,3	88,9	89,1	88,1	88,9	84,6	85,5
Leipzig										
München	44,9	70,6	84,8	82,4	84,5	85,9	88,6	87,7	84,3	83,1
Nürnberg	53,4	73,2	85,5	79,2	81,1	85,6	89,5	90,8	87,4	86,2
Stuttgart	50,0	66,9	73,1	71,6	76,9	85,1	83,7	86,1	80,4	79,6
Ø Großstädte	61,2	76,1	84,3	81,0	85,6	87,9	88,5	89,3	85,1	85,4
Bundesgebiet	60,2	74,0	82,0	81,5	86,9	88,8	90,7	91,2	87,4	87,0
Bundesgebiet = 100	102	103	103	99	98	99	98	98	97	98

Stadt	Bundestagswahl							Durchschnitt 1949 - 2009	Durchschnitt 1990 - 2009
	1987	1990	1994	1998	2002	2005	2009		
Berlin		70,0	65,4	61,5	62,5	56,3	43,0		59,8
Bremen	74,8	72,6	74,4	74,5	72,0	64,7	53,5	73,9	68,6
Dortmund	85,6	83,1	82,5	80,9	78,1	74,4	58,7	83,6	76,3
Dresden		60,5	63,3	58,0	62,7	52,6	48,9		57,7
Duisburg	88,0	85,2	84,7	82,6	80,0	75,3	63,4	84,6	78,5
Düsseldorf	79,2	78,0	76,0	76,4	73,1	69,9	56,3	79,3	71,6
Essen	85,0	81,6	81,7	80,9	77,3	74,3	62,2	82,9	76,3
Frankfurt/M.	75,3	74,9	70,0	68,3	67,5	59,7	49,7	74,6	65,0
Hamburg	78,6	77,6	74,6	75,7	70,1	67,6	55,3	77,3	70,2
Hannover	79,3	78,5	75,5	78,0	77,5	71,5	55,9	78,7	72,8
Köln	77,7	76,7	74,2	73,9	70,7	65,3	52,5	79,4	68,9
Leipzig		60,7	66,2	60,7	64,1	56,8	46,1		59,1
München	73,0	71,0	74,5	75,1	74,3	66,5	51,4	75,4	68,8
Nürnberg	79,6	75,6	80,0	81,9	82,5	72,3	55,4	78,8	74,6
Stuttgart	69,4	70,3	67,3	68,8	70,8	64,7	48,3	71,4	65,0
Ø Großstädte	78,8	74,4	74,0	73,1	72,2	66,1	53,4	77,4	68,9
Bundesgebiet	81,3	77,3	77,9	76,0	77,0	69,5	56,8	79,1	72,4
Bundesgebiet = 100	97	96	95	96	94	95	94		

¹ In % der Zweitstimmen.

Datenquelle: Amt für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegenheiten Duisburg i.V.m. Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.): Wahlen in Großstädten 1946-1990 und Politische Wahlen in den Städten und Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland 1990-2002; Angaben der Städte

Tabelle 3: Zweitstimmenanteile der CDU/CSU bei Bundestagswahlen 1949 bis 2009

Stadt	Bundestagswahl									
	1949	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983
Berlin										
Bremen	17,4	25,6	31,1	26,8	33,4	31,8	29,5	32,6	29,1	34,6
Dortmund	29,7	38,3	41,8	35,8	35,7	32,7	30,4	33,0	30,1	34,1
Dresden										
Duisburg	30,4	44,3	50,1	39,9	37,6	34,9	29,1	31,2	28,5	33,5
Düsseldorf	39,8	51,7	54,8	45,4	44,8	40,5	39,2	44,1	39,4	42,8
Essen	28,4	42,6	48,0	42,5	39,7	36,4	33,0	36,2	32,6	37,2
Frankfurt/M.	22,1	38,4	41,6	34,1	35,7	35,2	37,8	43,1	39,4	42,2
Hamburg	19,8	36,7	37,5	31,9	37,6	34,1	33,3	35,9	31,2	37,6
Hannover	15,5	30,4	34,9	32,9	36,1	35,6	34,7	38,7	34,0	38,9
Köln	43,5	52,2	57,8	48,8	46,2	37,2	35,2	40,3	36,7	40,1
Leipzig										
München	17,5	37,6	45,6	40,9	39,8	37,2	40,6	47,2	43,4	44,3
Nürnberg	15,2	33,0	44,2	39,2	37,4	36,9	37,5	43,2	41,8	45,5
Stuttgart	18,8	36,4	40,8	31,5	36,3	38,2	39,0	42,9	38,8	42,1
Ø Großstädte	24,8	38,9	44,0	37,5	38,4	35,9	34,9	39,0	35,4	39,4
Bundesgebiet	31,0	45,2	50,2	45,3	47,6	46,1	44,9	48,6	44,5	48,8
Bundesgebiet = 100	80	86	88	83	81	78	78	80	80	81

Stadt	Bundestagswahl							Durchschnitt 1949 - 2009	Durchschnitt 1990 - 2009
	1987	1990	1994	1998	2002	2005	2009		
Berlin		39,4	31,4	23,7	25,9	22,0	22,8		27,5
Bremen	28,9	30,8	29,9	25,2	24,3	22,6	23,7	28,1	26,1
Dortmund	30,4	30,1	28,6	24,2	25,0	24,9	24,4	31,1	26,2
Dresden		46,8	45,4	33,4	30,8	26,1	34,0		36,1
Duisburg	28,7	29,7	27,2	22,6	24,0	23,0	25,1	31,8	25,3
Düsseldorf	38,7	38,6	36,1	33,0	34,0	33,9	32,1	40,5	34,6
Essen	33,0	33,8	31,1	26,7	28,0	27,6	27,2	34,4	29,1
Frankfurt/M.	40,9	40,9	39,9	32,8	33,1	29,3	27,8	36,1	34,0
Hamburg	37,4	36,6	34,9	30,0	28,1	28,9	27,9	32,9	31,1
Hannover	35,9	37,5	35,4	28,2	27,1	25,7	25,4	32,2	29,9
Köln	34,7	33,5	32,3	29,4	29,0	27,2	26,8	38,3	29,7
Leipzig		37,1	35,2	23,9	23,9	24,5	28,0		28,8
München	42,1	38,2	41,8	38,9	44,6	37,5	32,1	39,4	38,9
Nürnberg	43,0	39,8	41,5	38,6	44,9	37,7	31,8	38,3	39,1
Stuttgart	37,5	38,0	36,4	32,2	35,1	32,7	28,5	35,6	33,8
Ø Großstädte	35,9	36,7	35,1	29,5	30,5	28,2	27,8	34,8	31,3
Bundesgebiet	44,3	43,8	41,5	35,1	38,5	35,2	33,8	42,6	38,0
Bundesgebiet = 100	81	84	85	84	79	80	82		

Datenquelle: Amt für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegenheiten Duisburg i.V.m. Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.): Wahlen in Großstädten 1946-1990 und Politische Wahlen in den Städten und Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland 1990-2002; Angaben der Städte

Tabelle 4: Zweitstimmenanteile der SPD bei Bundestagswahlen 1949 bis 2009

Stadt	Bundestagswahl									
	1949	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983
Berlin										
Bremen	33,3	39,1	46,4	49,8	48,0	51,9	57,8	53,3	51,3	47,6
Dortmund	42,9	45,6	48,3	50,4	55,9	58,7	61,9	59,3	58,9	55,1
Dresden										
Duisburg	38,1	39,2	39,7	47,1	53,4	56,8	63,9	61,7	61,0	58,0
Düsseldorf	29,8	29,8	31,6	35,0	42,4	47,2	48,9	45,3	45,5	42,7
Essen	34,4	38,9	43,0	45,0	51,5	55,3	59,0	55,7	55,2	52,1
Frankfurt/M.	39,5	35,3	40,4	44,0	46,3	49,5	47,9	44,7	45,5	40,5
Hamburg	39,6	38,1	45,8	46,9	48,3	54,6	54,4	52,6	51,7	47,4
Hannover	49,1	44,0	43,9	47,5	49,1	53,9	53,7	50,9	51,5	45,8
Köln	33,3	32,5	31,7	34,5	42,7	51,9	52,9	48,6	47,9	45,4
Leipzig										
München	27,4	33,0	39,2	41,5	44,7	48,7	48,0	40,5	40,9	38,8
Nürnberg	38,2	40,2	41,3	40,0	43,7	48,7	52,0	47,6	45,6	40,7
Stuttgart	31,2	30,5	32,3	40,1	40,6	46,9	44,7	43,2	41,6	37,5
Ø Großstädte	36,4	37,2	40,3	43,5	47,2	52,0	53,8	50,3	49,7	46,0
Bundesgebiet	29,2	28,8	31,8	36,2	39,3	42,7	45,8	42,6	42,9	38,2
Bundesgebiet = 100	125	129	127	120	120	122	117	118	116	120

Stadt	Bundestagswahl							Durchschnitt 1949 - 2009	Durchschnitt 1990 - 2009
	1987	1990	1994	1998	2002	2005	2009		
Berlin		30,6	34,0	37,8	36,6	34,3	20,2		32,3
Bremen	45,9	41,8	44,5	49,3	47,7	42,1	29,8	45,9	42,5
Dortmund	55,2	53,0	53,9	56,7	53,1	49,5	34,3	52,5	50,1
Dresden		13,7	17,9	24,6	31,9	26,5	14,9		21,6
Duisburg	59,3	55,5	57,5	60,0	56,0	52,3	38,3	52,8	53,3
Düsseldorf	40,5	39,4	39,9	43,4	39,1	36,0	24,2	38,9	37,0
Essen	52,0	47,8	50,6	54,2	49,3	46,7	35,0	48,6	47,3
Frankfurt/M.	34,4	34,0	30,1	35,5	34,4	30,4	21,9	38,5	31,1
Hamburg	41,2	41,0	39,7	45,7	42,0	38,7	27,4	44,4	39,1
Hannover	43,4	41,0	40,1	49,8	50,4	45,8	30,5	46,5	42,9
Köln	43,0	43,2	41,9	44,5	41,7	38,1	25,7	41,1	39,2
Leipzig		23,6	31,0	36,8	40,2	32,3	18,1		30,3
München	30,9	32,8	32,7	36,2	29,7	29,0	19,3	36,1	30,0
Nürnberg	36,6	35,8	38,5	43,3	37,6	34,6	23,6	40,5	35,6
Stuttgart	31,9	32,3	30,9	36,6	35,7	32,0	19,8	35,8	31,2
Ø Großstädte	42,9	37,7	38,9	43,6	41,7	37,9	25,5	42,6	37,6
Bundesgebiet	37,0	33,5	36,4	40,9	38,5	34,3	23,0	36,5	34,4
Bundesgebiet = 100	116	113	107	107	108	110	111		

Datenquelle: Amt für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegenheiten Duisburg i.V.m. Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.): Wahlen in Großstädten 1946-1990 und Politische Wahlen in den Städten und Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland 1990-2002; Angaben der Städte

Tabelle 5: Zweitstimmenanteile der GRÜNEN bei Bundestagswahlen 1980 bis 2009

Stadt	Bundestagswahl									Durchschnitt 1980 - 2009	Durchschnitt 1990 - 2009
	1980	1983	1987	1990	1994	1998	2002	2005	2009		
Berlin				7,2	10,2	11,3	14,6	13,7	17,4		12,4
Bremen	2,8	10,1	14,8	8,8	11,9	12,3	16,0	15,2	16,2	12,0	13,4
Dortmund	1,4	5,9	8,0	4,7	7,8	7,7	10,3	9,3	12,4	7,5	8,7
Dresden				9,4	7,7	7,7	8,8	8,6	12,0		9,0
Duisburg	1,0	4,5	6,5	3,6	6,1	6,1	8,0	7,3	8,5	5,7	6,6
Düsseldorf	1,5	6,1	9,7	5,5	9,7	8,5	12,1	9,6	12,6	8,4	9,7
Essen	1,0	5,1	7,4	4,2	7,3	7,4	10,2	8,3	10,3	6,8	8,0
Frankfurt/M.	2,4	8,9	13,9	8,2	14,5	14,2	18,5	16,6	17,2	12,7	14,9
Hamburg	2,3	8,2	11,0	5,8	12,6	10,8	16,2	14,9	15,6	10,8	12,7
Hannover	1,8	7,6	10,7	6,6	11,3	10,6	12,5	12,5	16,2	10,0	11,6
Köln	1,6	7,1	11,2	6,5	12,2	12,5	16,5	14,9	18,0	11,2	13,4
Leipzig				9,1	6,7	6,6	7,8	8,3	12,0		8,4
München	1,6	7,5	13,5	7,6	10,1	11,2	16,1	14,6	17,5	11,1	12,9
Nürnberg	1,7	6,5	10,3	5,5	7,3	7,0	9,2	10,1	13,0	7,8	8,7
Stuttgart	1,9	8,0	12,6	7,3	13,1	13,1	16,2	15,0	20,1	11,9	14,1
Ø Großstädte	1,8	7,1	10,8	6,7	9,9	9,8	12,9	11,9	14,6	9,5	11,0
Bundesgebiet	1,5	5,6	8,3	5,0	7,3	6,7	8,6	8,1	10,7	6,9	7,7
Bundesgebiet = 100	117	127	130	133	136	146	150	147	136		

Datenquelle: Amt für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegenheiten Duisburg i.V.m. Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.): Wahlen in Großstädten 1946-1990 und Politische Wahlen in den Städten und Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland 1990-2002; Angaben der Städte

Tabelle 6: Zweitstimmenanteile der FDP bei Bundestagswahlen 1949 bis 2009

Stadt	Bundestagswahl									
	1949	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983
Berlin										
Bremen	15,0	8,4	6,2	16,0	12,4	9,8	11,5	12,3	15,8	6,8
Dortmund	10,1	7,6	5,7	10,3	5,6	4,5	6,9	6,7	9,0	4,3
Dresden										
Duisburg	8,3	6,1	5,8	9,4	5,9	4,4	6,2	6,3	9,0	3,6
Düsseldorf	10,0	8,7	7,7	15,5	9,0	7,2	10,9	9,6	13,0	7,9
Essen	6,8	5,5	5,4	9,2	6,2	4,7	7,3	7,3	10,7	5,1
Frankfurt/M.	24,2	14,7	10,1	16,4	12,2	8,8	13,1	10,5	12,0	7,7
Hamburg	15,8	10,3	9,4	15,7	9,4	6,3	11,2	10,2	14,1	6,3
Hannover	10,3	6,2	8,5	14,6	10,6	6,0	10,9	9,6	12,3	7,2
Köln	11,7	8,5	6,6	13,5	8,0	6,9	11,2	10,1	13,2	6,9
Leipzig										
München	10,1	6,6	5,7	11,2	10,1	6,6	10,5	11,1	13,3	8,6
Nürnberg	14,0	10,5	8,1	14,7	9,6	5,6	9,0	7,9	10,0	6,1
Stuttgart	25,5	20,4	21,3	22,5	17,5	9,9	15,3	12,8	17,2	11,8
Ø Großstädte	13,5	9,5	8,4	14,1	9,7	6,7	10,3	9,5	12,5	6,9
Bundesgebiet	11,9	9,5	7,7	12,8	9,5	5,8	8,4	7,9	10,6	7,0
Bundesgebiet = 100	113	100	109	110	102	116	123	121	118	98

Stadt	Bundestagswahl							Durchschnitt 1949 - 2009	Durchschnitt 1990 - 2009
	1987	1990	1994	1998	2002	2005	2009		
Berlin		9,1	5,2	4,9	6,6	8,2	11,5		7,6
Bremen	9,1	13,2	7,5	6,1	6,8	8,2	10,7	10,3	8,8
Dortmund	5,5	8,6	5,4	5,2	7,4	7,4	11,7	7,2	7,6
Dresden		11,8	4,0	3,8	7,4	13,9	13,8		9,1
Duisburg	4,6	7,3	4,5	4,3	6,7	6,2	9,3	6,3	6,4
Düsseldorf	10,2	12,7	9,6	9,2	10,8	12,5	17,9	10,7	12,1
Essen	6,8	10,3	6,9	5,9	8,2	7,8	12,3	7,4	8,6
Frankfurt/M.	9,1	11,0	8,8	8,8	8,4	13,4	17,5	12,2	11,3
Hamburg	9,6	12,0	7,2	6,5	6,8	9,0	13,2	10,2	9,1
Hannover	9,3	11,5	8,2	6,6	6,2	8,4	12,2	9,3	8,9
Köln	10,1	13,1	8,9	7,9	8,9	11,5	15,6	10,2	11,0
Leipzig		14,9	3,7	3,3	6,8	7,9	12,3		8,2
München	11,6	12,7	9,1	7,2	6,2	12,3	17,6	10,0	10,9
Nürnberg	8,1	10,2	6,3	4,4	4,5	8,2	12,8	8,8	7,7
Stuttgart	16,0	15,9	12,5	10,6	8,5	12,8	18,4	15,8	13,1
Ø Großstädte	9,2	11,6	7,2	6,3	7,3	9,8	13,8	9,8	9,4
Bundesgebiet	9,1	11,0	6,9	6,2	7,4	9,8	14,6	9,2	9,3
Bundesgebiet = 100	101	106	104	102	99	100	94		

Datenquelle: Amt für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegenheiten Duisburg i.V.m. Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.): Wahlen in Großstädten 1946-1990 und Politische Wahlen in den Städten und Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland 1990-2002; Angaben der Städte

Tabelle 7: Kumulierte Zweitstimmenanteile der SPD, GRÜNE und LINKE bei Bundestagswahlen 1990 bis 2009

Stadt							Durchschnitt 1990 - 2009
	1990	1994	1998	2002	2005	2009	
Berlin	37,8	44,2	62,5	62,6	64,4	57,8	54,9
Bremen	50,6	56,4	64,2	66,1	65,9	60,2	60,6
Dortmund	57,7	61,7	66,0	65,1	65,2	57,9	62,3
Dresden	23,1	25,6	54,4	57,7	54,8	48,0	43,9
Duisburg	59,1	63,6	67,8	65,8	67,2	59,3	63,8
Düsseldorf	44,9	49,6	53,6	52,8	50,9	45,4	49,5
Essen	52,0	57,9	63,2	61,0	61,4	55,0	58,4
Frankfurt/M.	42,2	44,6	52,2	55,4	53,7	49,6	49,6
Hamburg	46,8	52,3	56,5	58,2	59,9	54,2	54,7
Hannover	47,6	51,4	61,9	64,6	63,4	56,7	57,6
Köln	49,7	54,1	58,6	60,1	58,8	52,7	55,7
Leipzig	32,7	37,7	65,9	65,7	63,1	55,6	53,5
München	40,4	42,8	48,7	45,8	47,5	43,5	44,8
Nürnberg	41,3	45,8	51,5	48,0	49,8	46,1	47,1
Stuttgart	39,6	44,0	50,9	53,3	51,4	47,7	47,8
Ø Großstädte	44,4	48,8	58,5	58,8	58,5	52,6	48,3
Bundesgebiet	40,9	48,1	52,7	51,1	51,1	45,6	47,0
Bundesgebiet = 100	108	101	111	115	114	115	

Datenquelle: Amt für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegenheiten Duisburg i.V.m. Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.): Wahlen in Großstädten 1946-1990 und Politische Wahlen in den Städten und Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland 1990-2002; Angaben der Städte

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KoMunIS

245

Tabelle 8: Kumulierte Zweitstimmenanteile der CDU/CSU und der FDP bei Bundestagswahlen 1990 bis 2009

Stadt							Durchschnitt 1990 - 2009
	1990	1994	1998	2002	2005	2009	
Berlin	48,5	36,6	28,6	32,5	30,2	34,3	35,1
Bremen	44,0	37,4	31,3	31,1	30,8	34,4	34,8
Dortmund	38,7	34,0	29,4	32,4	32,3	36,1	33,8
Dresden	58,6	49,4	37,2	38,2	40,0	47,8	45,2
Duisburg	37,0	31,7	26,9	30,7	29,2	34,4	31,7
Düsseldorf	51,3	45,7	42,2	44,8	46,4	50,0	46,7
Essen	44,1	38,0	32,6	36,2	35,4	39,5	37,6
Frankfurt/M.	51,9	48,7	41,6	41,5	42,7	45,3	45,3
Hamburg	48,6	42,1	36,5	34,9	37,9	41,1	40,2
Hannover	49,0	43,6	34,8	33,3	34,1	37,6	38,7
Köln	46,6	41,2	37,3	37,9	38,7	42,4	40,7
Leipzig	52,0	38,9	27,2	30,7	32,4	40,3	36,9
München	50,9	50,9	46,1	50,8	49,8	49,7	49,7
Nürnberg	50,0	47,8	43,0	49,4	45,9	44,6	46,8
Stuttgart	53,9	48,9	42,8	43,6	45,5	46,9	46,9
Ø Großstädte	48,3	42,3	35,8	37,9	38,1	41,6	40,7
Bundesgebiet	54,8	48,4	41,3	45,9	45,0	48,4	47,3
Bundesgebiet = 100	88	87	87	82	85	86	

Datenquelle: Amt für Statistik, Stadtforschung und Europaangelegenheiten Duisburg i.V.m. Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.): Wahlen in Großstädten 1946-1990 und Politische Wahlen in den Städten und Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland 1990-2002; Angaben der Städte

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KoMunIS

Robert Gunderlach

Pflegestatistik in Stuttgart 2009

Acht Prozent mehr Pflegebedürftige als 2007

Mit den Fortschritten in der Medizin und dem demografischen Wandel, der unaufhaltsam weiter geht und die Gesellschaft langfristig verändert, rücken auch neue soziale Aufgaben in der Gesellschaft in den Blickpunkt. Die industrielle Dienstleistungsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland wird insgesamt weniger und ältere Menschen haben. Damit wird das Feld der Pflegebedürftigkeit der Menschen immer wichtiger. Mit der vorausschauenden Einführung der Pflegeversicherung als fünfte Säule des deutschen Sozialversicherungssystems bereits Mitte der 90er-Jahre des vorigen Jahrhunderts ist eine neue Qualität der Versorgung erreicht worden und der Standard wird ständig verbessert.

2011 Jahr der Pflege

Das Jahr 2011 wurde vom ehemaligen Gesundheitsminister Rösler zum „Jahr der Pflege“ erklärt. Eine neue Pflegereform, eine Ausweitung der Pflegeversicherung (Kapitaldeckung), ein neuer Pflegebegriff, eine aktivierende Pflege sowie die Verbesserung der Attraktivität der Pflegeberufe (z. B. durch Verdoppelung des Pflege-mindestlohns von derzeit 7,50/8,50 Euro), eine Legalisierung osteuropäischer Pflegekräfte, eine Familienpflegezeit und die solide Finanzierung dieser Reform sind in der gesellschaftlichen und politischen Diskussion. Hinzu kommen noch die möglichen Auswirkungen der Aussetzung des Wehrdienstes und folglich des Zivildienstes auf den Pflegesektor sowie die Resonanz eines „freiwilligen Sozialdienstes“ (Bufdis) bei den jungen Menschen.

Pflegebedürftige sind vorwiegend ältere Menschen, die nicht in der Lage sind, ohne fremde Hilfe den eigenen Lebensalltag zu bewältigen. Durch einen Antrag der Versicherten lassen die Pflegekassen durch den medizinischen Dienst der jeweiligen Krankenkassen überprüfen, ob die Voraussetzungen der Pflegebedürftigkeit erfüllt sind und welche Stufe der Pflegebedürftigkeit vorliegt. Die Pflegeversicherung erbringt dann Geld- oder Sachleistungen bestimmter Art und Höhe in Abhängigkeit vom Grad der festgestellten Pflegebedürftigkeit. In Baden-Württemberg liegt die Pflegequote insgesamt über alle Altersgruppen bei 2,3 Prozent. Das ist die geringste Pflegequote unter den Bundesländern. Hessen liegt mit 3,1 Prozent in der Mitte und Mecklenburg-Vorpommern mit 3,7 Prozent an der Spitze der Pflegequoten in Deutschland (Bundesdurchschnitt: 2,9 %).

Pflegerisiko steigt mit dem Alter

Das Pflegerisiko ist bei Frauen insgesamt höher als bei Männern. Das liegt einerseits daran, dass Frauen durch einen gesünderen Lebensstil eine höhere Lebenserwartung haben und dadurch häufig ohne unterstützenden Partner leben müssen. Die Wahrscheinlichkeit derzeit pflegebedürftig zu werden – die so genannte Pflegequote – ist nach Berechnungen des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg nicht nur geschlechtsspezifisch, sondern auch altersspezifisch unterschiedlich. So liegt die Pflegequote 2009 vor dem 60. Lebensjahr bei unter einem Prozent, zwischen dem 60. und dem 64. Lebensjahr bei 1,3 Prozent, zwischen dem 75. und dem 79. Lebensjahr bei 7,8 Prozent und zwischen dem 80. und 84. Lebensjahr bei 16,3 Prozent. Danach verdoppelt sich das Pflegerisiko zwischen dem 85. und 89. Lebensjahr auf 32,3 Prozent und bei Menschen im Alter von 90+ liegt das Pflegerisiko bei 49,7 Prozent – also jeder zweiten hochbetagten Person in Baden-Württemberg. Allgemein kann man sagen: Je älter die Menschen sind, umso höher ist ihr Risiko pflegebedürftig zu werden, wobei Frauen ab 75 Jahren eine deutlich höhere Pflegewahrscheinlichkeit haben als Männer in diesem Alter. Im Alter zwischen 60 und 75 Jahren haben dagegen die Männer ein leicht höheres Pflegerisiko als Frauen.

Pflegekosten 2009 bundesweit über 20 Mrd. €

Die bundesweiten Leistungsausgaben in der sozialen Pflegeversicherung beliefen sich im Jahr 1995 noch auf mehr als 5 Mrd. Euro, im Jahr 2000 waren es mit fast 17 Mrd. Euro bereits dreimal so viel und im Jahr 2009 wurde die 20 Mrd. Euro Linie überschritten. Dem standen 2009 allerdings mehr als 21 Mrd. Euro an Einnahmen gegenüber. Laut Statistischem Bundesamt sind 2009 rund 70 Mio. Menschen in der sozialen Pflegeversicherung versichert gewesen – darunter 51 Mio. Selbstversicherte und 19 Mio. mitversicherte Familienmitglieder. Etwa neun Mio. Menschen sind in der privaten Pflegeversicherung versichert.

Pflegereform hat Verbesserungen gebracht

2008 wurden durch die damalige Pflegereform wichtige Verbesserungen geschaffen, die die meisten Leistungen bis 2012 schrittweise erhöhen. So ist beispielsweise der Betreuungsbetrag für Menschen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz – wie etwa demenziell oder psychisch erkrankte Menschen – gestiegen. In Heimen für Menschen, die besondere Betreuung brauchen, gibt es Betreuungsassistenten. Ein Rechtsanspruch auf individuelle und umfassende Pflegeberatung, das Fallmanagement, ist eingeführt und die Pflege- und Krankenkassen haben begonnen Pflegestützpunkte einzurichten, wenn sich die einzelnen Bundesländer für den Aufbau von Pflegestützpunkten entschieden haben. Pflegenden Angehörige haben einen Anspruch auf eine Pflegezeit von bis zu sechs Monaten, in der sie kein Gehalt erhalten, aber sozialversichert bleiben. Wenn Angehörige unerwartet pflegebedürftig werden, gibt es die Möglichkeit der kurzfristigen Freistellung von der Arbeit für bis zu zehn Tage. Niedrigschwellige Angebote wie zum Beispiel Betreuungsgruppen, Tagesbetreuung, Helferinnenkreise zur stundenweisen Entlastung von pflegenden Angehörigen sowie ehrenamtliche Strukturen und die Selbsthilfe im Pflegebereich werden zusätzlich gefördert. Ambulante und stationäre Pflegeeinrichtungen werden jährlich unangemeldet kontrolliert und die Pflegequalitätsberichte sollen in leicht lesbarer Form veröffentlicht werden. Zudem wurde bei den Arbeitnehmern der monatliche Pflegebeitrag um 0,25 Prozent erhöht. Seit dem 1.7.2008 beträgt der Pflegebeitrag 1,95 Prozent des Bruttoeinkommens, je zur Hälfte bezahlt vom Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Kinderlose zahlen einen um 0,25 Prozentpunkte höheren Pflegebeitrag – also 2,2 Prozent des Bruttoeinkommens. In Sachsen, wo als Kompensation kein Feiertag abgeschafft wurde, gilt ein eigener Pflegesatz. Rentner zahlen ihren Pflegebeitrag einkommensabhängig allein. Studenten sind pflichtversichert.

Das wird gezahlt

Seit dem 1. Januar 2010 zahlt die Pflegeversicherung (vgl. Tabelle 1) für die ambulante häusliche Pflegehilfe durch einen Pflegedienst in der Pflegestufe I monatlich 440 Euro aus, in der Pflegestufe II monatlich 1040 Euro und in der Pflegestufe III sind es monatlich 1510 Euro (Härtefälle 1918 Euro). Das Pflegegeld für die private häusliche Pflege z.B. durch Angehörige beträgt im Monat 225 Euro in Pflegestufe I, 430 Euro in Pflegestufe II und 685 Euro in Pflegestufe III. Für die vollstationäre Pflegeversorgung in Pflegeheimen wird in der Pflegestufe I monatlich 1023 Euro, in der Pflegestufe II monatlich 1279 Euro und in der Pflegestufe III monatlich 1510 Euro (Härtefälle 1825 Euro) gezahlt. In der Kurzzeitpflege werden bis maximal 1510 Euro im Jahr bezahlt. Die Auszahlungsbeträge werden in allen Pflegearten zum 1. 1. 2012 erneut erhöht und ab 2015 dynamisiert.

Tabelle 1: Monatliche Pflegeleistungen seit dem 1. Januar 2010

Pflegeleistung	Pflegegeld	Ambulante Pflegehilfe	Vollstationäre Pflegeversorgung
		Euro monatlich	
Pflegestufe I	225	440	1 023
Pflegestufe II	430	1 040	1 279
Pflegestufe III	685	1 510	1 510
Kurzzeitpflege bis zu 1510 Euro jährlich			

Quelle: Bundesgesundheitsministerium

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KommunIS

Zusätzliche Pflegeheimkosten müssen die Pflegebedürftigen aus eigenen Finanzmitteln tragen oder wenn dies nicht möglich ist, durch Sozialleistungen wie die Hilfe zur Pflege im Rahmen der Sozialhilfe gedeckt werden. In der Landeshauptstadt waren dies im Jahr 2009 für nahezu 3200 Pflegebedürftige rund 33,7 Mio. Euro. Rein statistisch gesehen sind das im Jahr etwa 10 530 Euro pro Person oder monatlich im Schnitt 878 Euro, die zusätzlich zur Pflegeversicherung als Hilfe zur Pflege im Rahmen der Sozialhilfe anfallen.

Bundeseinheitliche Pflegestatistik

Um das zahlenmäßige Ausmaß der pflegebedürftigen Menschen sichtbar zu machen, wurde mit der Einführung der Pflegeversicherung auch eine neue bundesweite Pflegestatistik eingeführt. Diese wird durch die amtliche Statistik des Bundes und der Länder seit Dezember 1999 in einem 2-jährlichen Rhythmus durchgeführt. Sie liefert auch Stadt- oder Landkreisergebnisse. Nach über einem Jahrzehnt lassen sich statistisch interessante Entwicklungen erkennen.

Pflegebedürftige in Bund und Land

2,34 Mio. Pflegebedürftige in Deutschland

Zum Jahresende 2009 wurden bundesweit rund 2,34 Mio. pflegebedürftige Personen nach dem Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI) gezählt. Das sind gut vier Prozent oder 91 000 Personen mehr als Ende des Jahres 2007. Die Pflegequote in Deutschland liegt damit bei 2,9 Prozent. Zwei von drei Pflegebedürftigen oder 67 Prozent sind Frauen; über zwei Drittel sind 75 Jahre und älter und allein 35 Prozent sind 85 Jahre und ältere hochbetagte pflegebedürftige Seniorinnen und Senioren. Wobei in Deutschland insgesamt 59 Prozent der 530 000 Personen, die über 90 Jahre alt sind, auch pflegebedürftig sind. Die bundesweite Pflegequote in dieser hochbetagten Altersgruppe 90 + beträgt 59 Prozent oder mehr als die Hälfte (Baden-Württemberg: 50 %). Bei den 85- bis 89-Jährigen ist die bundesweite Pflegequote mit 38 Prozent bereits deutlich geringer (Baden-Württemberg: 32 %), aber immerhin noch gut jeder Dritte auf Pflege angewiesen. Bei den 75- bis 84-Jährigen sinkt die Pflegequote deutlich auf 14 Prozent oder gut jeder Sechste (Baden-Württemberg: 12 %) und bei den 65- bis 69-Jährigen ist die Pflegequote bundesweit nur noch bei drei Prozent.

Die Tendenz ist eindeutig und plausibel: Je älter die Menschen werden, umso häufiger sind sie auf Pflege angewiesen. Allerdings werden bundesweit mehr als Zweidrittel (69 % oder 1,62 Mio. Personen) überwiegend von Angehörigen oder zusammen mit Pflegediensten zu Hause gepflegt. 717 000 Pflegebedürftige sind deutschlandweit 2009 in vollstationären Pflegeheimen untergebracht gewesen.

Neben den rund 12 000 ambulanten Pflegediensten (darunter 7400 private Träger) mit ihren 269 000 Beschäftigten gibt es in Gesamtdeutschland Ende 2009 etwa 11 600 stationäre Pflegeeinrichtungen (darunter 6400 Pflegeheime oder 55 % in freigemeinnütziger Trägerschaft wie Diakonie, Caritas, Paritätischer Wohlfahrtsverband, AWO, Rotes Kreuz u.a.), in denen beinahe 845 000 Pflegeplätze zur Verfügung stehen und rund 621 000 Beschäftigte arbeiten. Der Pflegebereich insgesamt ist ein sehr wichtiger und prosperierender Arbeitsmarkt, denn in der ambulanten und stationären Pflege arbeiteten Ende des Jahres 2009 bereits rund 890 000 Beschäftigte. Das sind 42 Prozent mehr Pflegearbeitskräfte als noch Ende des Jahres 1999 mit damals noch rund 625 000 Beschäftigten im Pflegebereich.

2009 in Baden-Württemberg 246 000 Pflegebedürftige

Im ersten Erhebungsjahr 1999 wurden in Baden-Württemberg 211 000 Pflegebedürftige gezählt. Seither kamen landesweit bis Jahresende 2009 rund 35 000 Menschen hinzu, die einer Pflege bedürfen, so dass zum Jahresende 2009 in Baden-Württemberg mehr als 246 000 Pflegebedürftige lebten. Etwa die Hälfte (52 %) der Pflegebedürftigen in Baden-Württemberg sind in Pflegestufe I eingestuft, über ein Drittel oder 36 Prozent sind in Pflegestufe II und jeder Achte oder fast 13 Prozent sind in der Pflegestufe III.

Bis zum Jahr 2031 wird es in Baden-Württemberg laut einer prognostischen Vorausschätzung des Statistischen Landesamtes rund 51 Prozent mehr pflegebedürftige Menschen geben. Die Zahl wird landesweit insgesamt auf knapp 358 000 Pflegebedürftige ansteigen. Damit werden auch die erwarteten Pflegeausgaben deutlich ansteigen.

Die 1466 Pflegeheime in Baden-Württemberg bieten rund 101 000 Pflegeplätze an. Davon allein 61 Prozent oder fast 62 000 Pflegeplätze in freigemeinnützigen Einrichtungen, knapp 29 000 in privaten Einrichtungen und 10 600 Pflegeplätze in Einrichtungen der öffentlichen Hand. Von den landesweit 246 000 Pflegebedürftigen wird jeder Dritte oder 84 000 Pflegebedürftige stationär in Pflegeheimen versorgt und betreut; zwei Drittel oder 162 000 Pflegebedürftige werden ambulant überwiegend zu Hause gepflegt. Wobei zwei von drei Pflegebedürftigen ambulant durch Angehörige und jeder Dritte durch landesweit 999 ambulante Pflegedienste versorgt und gepflegt wird.

Bisher 48 Pflegestützpunkte im Land

Bis zum Januar 2011 sollten nach einer Allgemeinverfügung des Sozialministeriums in Baden-Württemberg 50 Pflegestützpunkte zur wohnortnahen Beratung, Versorgung und Betreuung durch einen Kooperationsvertrag (§ 92 c, SGB XI) eingerichtet werden. In jedem Stadt- beziehungsweise Landkreis mindestens ein Pflegestützpunkt. Zum 30.6. 2011 ist der Auf- und Ausbau bei 48 Pflegestützpunkten im Land realisiert. Die Verlängerung der Frist für Anschubfinanzierungen durch den Bund über den 30.6.2011 hinaus ist derzeit noch strittig, weshalb das Land im Bundesrat den Vermittlungsausschuss anrufen will.

2 Pflegestützpunkte in Stuttgart

Nachrichtlich: Im Stadtkreis Stuttgart wurden zu Beginn des Jahres 2011 zwei Pflegestützpunkte – je einer für die inneren und für die äußeren Stadtbezirke – eingerichtet, verortet im Sozialamt der Landeshauptstadt beim Bürgerservice Leben im Alter.

249

Pflegebedürftige 2009 im regionalen Vergleich

54 000 Pflegebedürftige in der Region Stuttgart

In der Region Stuttgart gab es nach der Pflegestatistik 2009 fast 54 000 Pflegebedürftige. Das ist gegenüber dem Jahr 1999 mit damals 45 000 Pflegebedürftigen innerhalb eines Jahrzehnts ein deutliches Plus von 9000 pflegebedürftigen Menschen in der Region (vgl. Tabelle 2 und Abbildung 1). Damit kam zum Jahresende 2009 mehr als jeder fünfte Pflegebedürftige (22 %) des Landes aus der Region Stuttgart. Ebenso kam jeder fünfte Pflegebedürftige der Region Stuttgart 2009 aus der Landeshauptstadt Stuttgart (21 %). Innerhalb der Region Stuttgart sind weitere Unterschiede sichtbar: So hat der Landkreis Esslingen mit rund 10 700 Pflegebedürftigen beinahe so viele Pflegebedürftige wie der Stadtkreis Stuttgart. Während im Landkreis Göppingen „nur“ rund 900 Pflegebedürftige zu betreuen sind. Jedoch ist dieser Landkreis mit 23 Pflegebedürftigen je 1000 Einwohner in der Region Stuttgart an der Spitze, liegt aber dennoch im Landesdurchschnitt. Die Landeshauptstadt Stuttgart liegt mit 19 Pflegebedürftigen je 1000 Einwohnern deutlich unter dem Landesdurchschnitt (23). Nur der Landkreis Ludwigsburg steht mit 18 Pflegebedürftigen je 1000 Einwohner besser da.

Art und Form der Pflegeleistungen

Unterschiede gibt es 2009 auch in Art und Form der Pflegeleistungen. So werden im Stadtkreis Stuttgart 39 Prozent der Pflegeleistungen als stationäre Pflege erbracht – deutlich weniger als 2007 mit noch 43 Prozent. Fast ein Viertel oder 23 Prozent der Pflegebedürftigen erhielten 2009 ambulante Pflege von professionellen Pflegediensten (2007: 19 %) und an 38 Prozent der Pflegebedürftigen wird Pflegegeld für häusliche Pflegeleistungen – überwiegend durch Angehörige – ausbezahlt (2007: 38 %). Damit werden in Stuttgart beinahe zwei Drittel oder 61 Prozent der Pflegebedürftigen zu Hause von Pflegediensten oder Angehörigen gepflegt.

Tabelle 2: Pflegebedürftige im regionalen Vergleich 2009

Regionaleinheit	Pflege- bedürftige ¹	Davon			Pflegebedürftige je 1000 Einwohner	Pflegeheimplätze je 1000 Einwohner
		stationäre Pflege ¹	ambulante Pflege	Pflegegeld- empfänger		
Stadtkreis Stuttgart	11 388	4 467	2 574	4 347	19	8,2
Landkreise						
Böblingen	7 008	2 306	1 480	3 222	19	6,5
Esslingen	10 744	3 741	2 379	4 624	21	8,3
Göppingen	5 895	1 874	1 429	2 592	23	8,7
Ludwigsburg	9 407	3 360	1 884	4 163	18	7,7
Rems-Murr-Kreis	9 140	3 441	1 789	3 910	22	9,2
Region Stuttgart	53 582	19 189	11 535	22 858	20	8,1
Region ohne Stuttgart	42 194	14 722	8 961	18 511	20	8,1
Baden-Württemberg	246 038	84 019	49 650	112 369	23	9,1

¹ Seit 2009 ohne teilstationäre Pflege.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

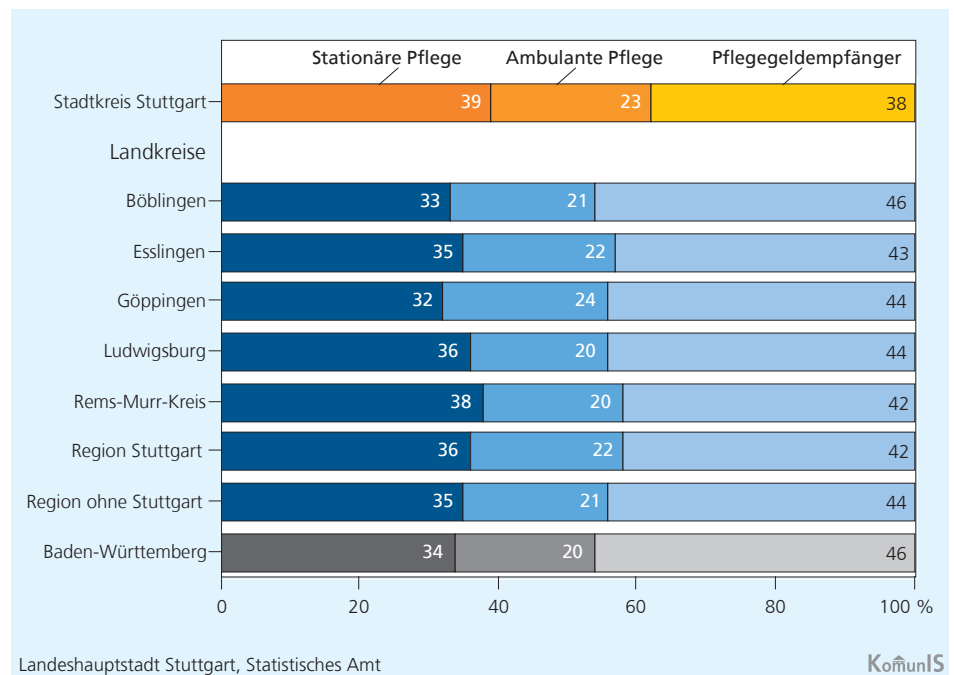
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KoMuNIS

In den Landkreisen der Region Stuttgart (36 %) und landesweit (34 %) wird weit weniger stationäre Pflege in Anspruch genommen als in Stuttgart mit 39 Prozent. Wobei der Rems-Murr-Kreis mit 38 Prozent stationärer Pflege fast das Stuttgarter Niveau erreicht hat. In der Region Stuttgart und landesweit setzt man allerdings noch mehr auf das Pflegegeld für häusliche Pflegeleistungen (43 - 46 %). Dies liegt im Wesentlichen an der unterschiedlichen Bevölkerungsstruktur zwischen Großstadtraum mit mehr allein stehenden betagten und hochbetagten Senioren sowie den klein- und mittelstädtischen sowie ländlicheren Gebieten mit mehr familiärem Unterstützungspotenzial. Ambulante Pflege durch Pflegedienste ist in der Region und landesweit weiter im Kommen und hat in den vergangenen zwei Jahren fast den Prozentanteil der Landeshauptstadt erreicht. Der Landkreis Göppingen liegt sogar mit 24 Prozent sogar darüber.

Soziale Ungleichheit auch bei der Pflege

Eine Studie von Blinkert/Knie (2008) hat überdies ergeben, dass die Versorgungspräferenzen bei der Pflege sich auch nach sozialem Status unterscheiden. Selberpflegen – auch ohne professionelle Hilfe – kommt bei Personen mit niedrigerem Sozialstatus häufiger vor, als bei Personen mit einem höheren Sozialstatus. Der evidente Grund liegt in den unterschiedlichen beruflichen und finanziellen Möglichkeiten. „In den unteren Milieus ist die Heimpflege im Vergleich zum Selberpflegen kostenintensiv.“ In den finanziell besser dastehenden statushöheren Bevölkerungsgruppen würde dagegen das Selberpflegen die weiteren Chancen im Beruf und damit in der Einkommenserzielung einschränken (Zeit ist Berufskarriere und Geld), weshalb hier eher die Option der Pflege im Heim bevorzugt wird.

Abbildung 1: Pflegebedürftige 2009
im regionalen Vergleich



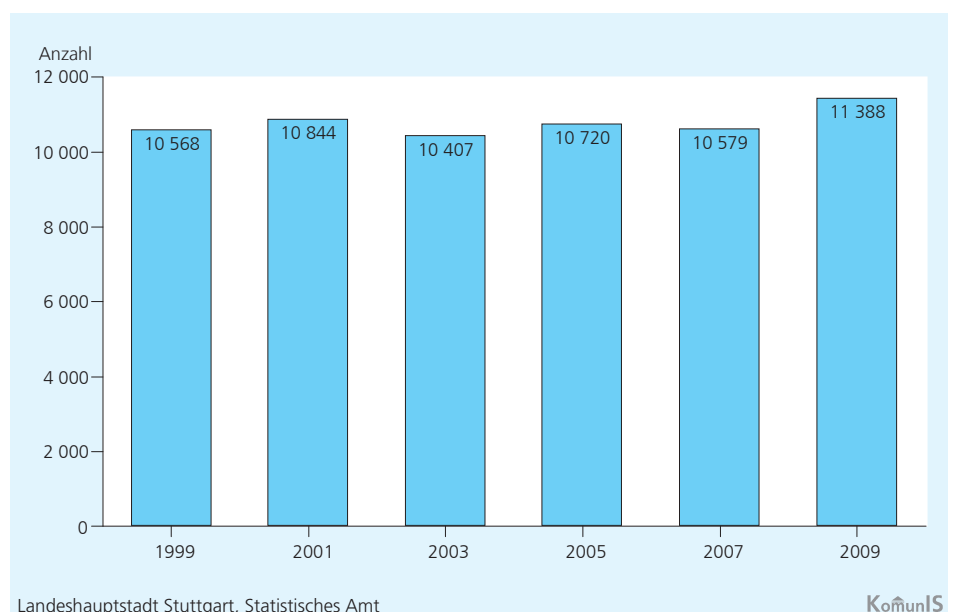
Deutliche Zunahme: 2009 in Stuttgart 11 388 Pflegebedürftige

*In Stuttgart 8 % mehr Pflegebedürftige
als 2007*

Die Eckdaten der Pflegestatistik für die Landeshauptstadt (vgl. Tabelle 3) ergeben im Zeitraum der Jahre 1999 bis 2007 insgesamt keine großen Schwankungen. Die Zahlen bewegen sich bei den fünf Erhebungsdoppeljahren 1999 bis 2007 im zehntausender Bereich mit kleinen Unterschieden im hunderter Bereich. Indessen hat sich die Zahl der Pflegebedürftigen im Stadtkreis Stuttgart mit 11 388 Personen im Jahr 2009 gegenüber dem Jahr 2007 mit 10 549 Personen in diesen zwei Jahren stark erhöht – insgesamt um rund acht Prozent oder 839 pflegebedürftige Personen. Ab 2009 werden allerdings die teilstationär versorgten Menschen nicht mehr zusätzlich addiert, weil diese Menschen, so hat sich in der Praxis gezeigt, oft parallel Pflegegeld und/oder ambulante Sachleistungen erhalten (Problem der Mehrfachzählung). In Stuttgart sind dies im Jahr 2009 insgesamt 197 Menschen gewesen. Somit würde die Erhöhung 2009 mit plus 1036 Personen gegenüber 2007 vergleichsweise noch höher ausfallen – nämlich ein Plus von fast zehn Prozent innerhalb von zwei Jahren.

251

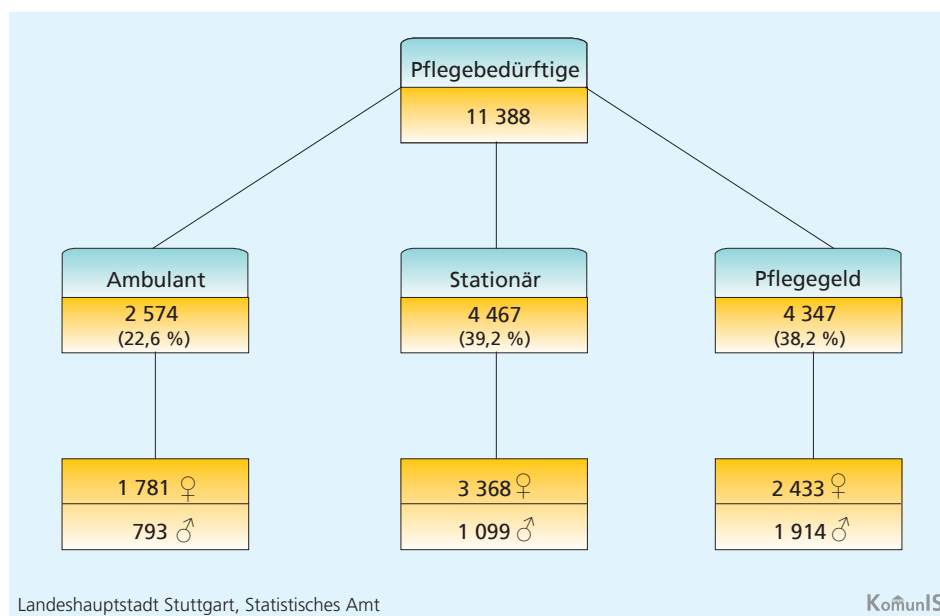
Abbildung 2: Pflegebedürftige in
Stuttgart 1999 bis 2009



Stationäre Pflege in Stuttgart immer noch an erster Stelle

Bei den Leistungsarten, die die Pflegebedürftigen erhalten, lassen sich über die Jahre Veränderungen – meist Schwankungen – erkennen (vgl. Tabelle 3). Die ambulante Pflege war in Stuttgart in den Jahren 2005 und 2007 gegenüber 2004 deutlich zurückgegangen und hat 2009 mit 23 Prozent wieder mehr Gewicht. Der Anteil der (voll)stationären Pflege 2009 ist mit 39 Prozent auf dem Niveau von 1999, nach einer zwischenzeitlichen Zunahme in den Jahren 2005 und 2007 auf einen Anteil von 45 beziehungsweise 43 Prozent. Die Pflegebedürftigen im Stadtkreis Stuttgart, die Pflegegeld für die häusliche Pflege beziehen, haben 2009 wieder zugenommen (38 %), dennoch liegt der Anteil noch unter dem des Jahres 1999 mit damals noch 40 Prozent.

Abbildung 3: Eckdaten der Pflegestatistik 2009 in Stuttgart



KoMuNIS

Tabelle 3: Pflegebedürftige in Stuttgart 1999 bis 2009 nach der Art der Leistung

Jahr	Insgesamt		Pflegeheimplätze je 1000 Einwohner	Ambulante Pflege	Stationäre Pflege		Pflegegeld ² für private Pflege
	Anzahl ¹	je 1000 Einwohner			zusammen	darunter vollstationäre Pflege	
					%		
1999	10 568	18	7,6	21,3	38,5	97,5	40,1
2001	10 844	18	7,6	24,5	38,4	96,2	37,1
2003	10 407	18	7,5	22,3	39,8	95,7	38,0
2005	10 720	18	8,5	19,7	44,8	96,0	35,5
2007	10 549	18	8,0	19,4	43,1	95,4	37,5
2009	11 388	19	8,2	22,6	39,2	100,0	38,2

¹ Seit 2009 ohne teilstationäre Pflege.

² Stichtag 31.12.: Ohne Empfänger/-innen, die bereits bei der ambulanten oder stationären Pflege berücksichtigt worden sind.

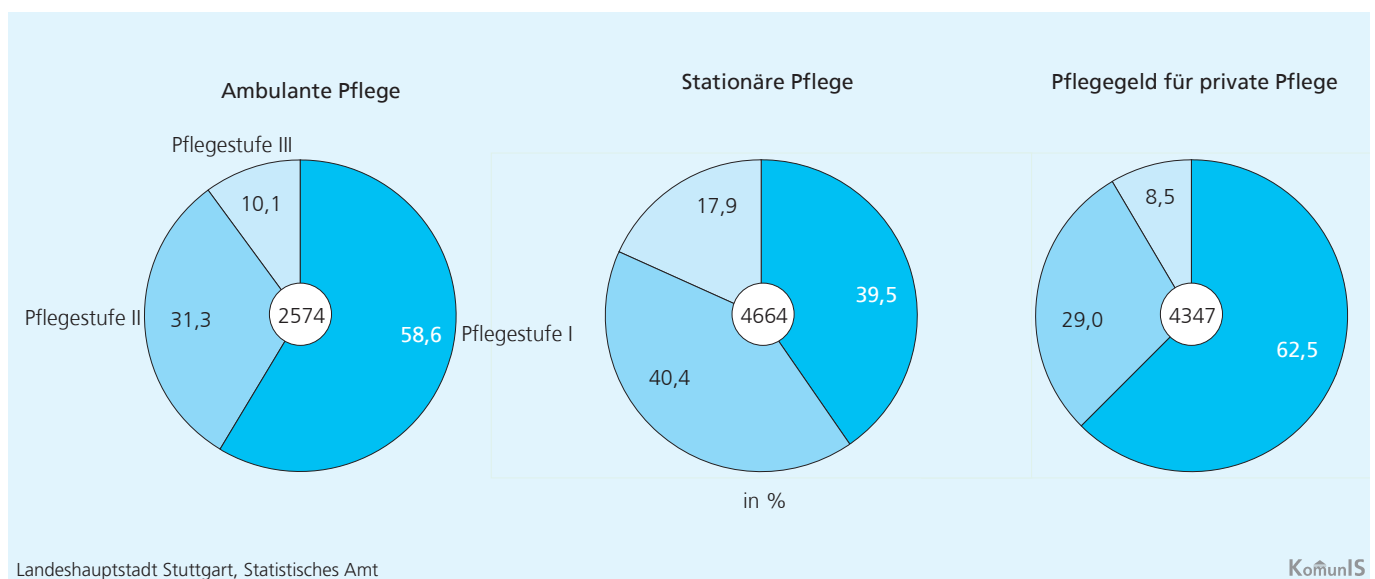
Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

In Abbildung 4 sind die Pflegearten nach den Stufen der Pflegebedürftigkeit in Stuttgart 2009 abgebildet:

Deutliche Unterschiede nach Pflegearten und Pflegestufen

- In der ambulanten Pflege, die zumeist von Pflegediensten erbracht werden, sind deutlich mehr als die Hälfte (58,6 %) der 2574 Pflegebedürftigen als erheblich pflegebedürftig in der Pflegestufe I eingestuft; knapp ein Drittel (31,3 %) der Pflegebedürftigen hat Pflegestufe II (Schwerpflegebedürftigkeit) und jeder Zehnte (10,1 %) ist in der schwerstpflegebedürftigen Pflegestufe III eingestuft.
- Bei den 4347 Pflegegeldempfängern für die private häusliche Pflege sind noch mehr, nämlich beinahe zwei Drittel (62,5 %) der Pflegebedürftigen in Pflegestufe I (erhebliche Pflegebedürftigkeit) eingestuft; fast ein Drittel (29,0 %) ist in Pflegestufe II (Schwerpflegebedürftigkeit) und jede(r) Zwölfte oder 8,5 Prozent ist in Pflegestufe III (Schwerstpflegebedürftigkeit).
- Dagegen sind bei den 4664 Pflegebedürftigen der stationären Pflege in Pflegeheimen (inklusive teilstationär) eindeutig mehr Menschen in Pflegestufe II (40,4 %) sowie in Pflegestufe III (17,9 %) eingestuft als in den beiden anderen Pflegearten. Die Einstufung in Pflegestufe I kommt bei der stationären Pflege mit 39,5 Prozent nicht so häufig vor wie in der ambulanten oder privaten Pflege, ist allerdings in Pflegeheimen beinahe so oft anzutreffen wie die Pflegestufe II. Gegenüber 2007 ist die Einstufung in Pflegestufe III ausschließlich in der stationären Pflege angestiegen von 13,8 Prozent auf 17,9 Prozent im Jahr 2009.

Abbildung 4: Pflegestufen in Stuttgart 2009



Zwei Drittel der Pflegebedürftigen sind in Stuttgart Frauen

Die geschlechtergetrennte Betrachtung (vgl. Tabelle 4) zeigt einige Unterschiede auf: Zwei Drittel der Pflegebedürftigen 2009 in Stuttgart sind Frauen – jeder dritte Pflegebedürftige ist ein Mann. Dieses 3:1-Verhältnis ist auch bei der ambulanten Pflege anzutreffen, während bei den Empfängern von Pflegegeld für die häusliche Pflege nur gut die Hälfte (56 %) weiblichen Geschlechts ist. Bei der (voll)stationären Pflege ist wieder jeder vierte Pflegebedürftige ein Senior und folglich sind drei von vier Pflegebedürftigen meist betagte oder hochbetagte Seniorinnen. In dieser Altersgruppe sind in der Gesamtbevölkerung ohnehin deutlich mehr Frauen vertreten, weil sie schlicht länger leben als Männer. Bei der insgesamt wenig beanspruchten (2009: 0,75 %), jedoch seit Jahren steigenden Zahl der Kurzzeitpflege sowie der teilstationären Pflege (2009: 1,7 %) sind zwei von drei Pflegebedürftigen Frauen.

Tabelle 4: Pflegebedürftige in Stuttgart 1999 bis 2009 nach Geschlecht

Jahr	Pflegebedürftige						Pflegegeld ²
	insgesamt ¹	ambulante Pflege	stationäre Pflege				
			zusammen	vollstationäre Pflege	Kurzzeitpflege	teilstationäre Pflege	
Insgesamt							
1999	10 568	2 253	4 072	3 970	21	81	4 243
2001	10 844	2 657	4 164	4 007	49	108	4 023
2003	10 407	2 319	4 139	3 959	43	137	3 949
2005	10 720	2 111	4 807	4 616	68	123	3 802
2007	10 549	2 047	4 548	4 337	51	160	3 954
2009	11 388	2 574	4 664	4 381	86	197	4 347
Pflegebedürftige Männer							
1999	3 132	626	715	682	8	25	1 791
2001	3 269	757	750	709	9	32	1 762
2003	3 259	705	784	734	14	36	1 770
2005	3 433	660	1 065	1 001	23	41	1 708
2007	3 444	647	1 060	988	19	53	1 737
2009	3 806	793	1 178	1 074	25	79	1 914
Pflegebedürftige Frauen							
1999	7 436	1 627	3 357	3 288	13	56	2 452
2001	7 575	1 900	3 414	3 298	40	76	2 261
2003	7 148	1 614	3 355	3 225	29	101	2 179
2005	7 287	1 451	3 742	3 615	45	82	2 094
2007	7 105	1 400	3 488	3 349	32	107	2 217
2009	7 582	1 781	3 486	3 307	61	118	2 433

¹ Seit 2009 ohne teilstationäre Pflege.² Pflegebedürftige, die nicht bereits bei der ambulanten oder stationären Pflege berücksichtigt sind.

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KommunIS

Pflegedienste, Pflegeeinrichtungen und Personal in Stuttgart

In Stuttgart 19 Pflegebedürftige auf
1000 Einwohner

Mit 1,9 Prozent der Einwohner oder 19 Pflegebedürftigen je 1000 Einwohner hat sich dieser statistische Indikator in Stuttgart zwischen 1999 und 2009 nur leicht verändert. In der ambulanten Pflege sind Ende des Jahres 2009 bei 57 Pflegediensten 1408 Beschäftigte im Einsatz für fast 2600 Pflegebedürftige tätig gewesen. Das sind deutlich mehr als noch 1999 mit 51 Pflegediensten und 1044 Pflegebediensteten. Der Trend geht 2009 zu mehr Personal in Pflegediensten bei mehr ambulanten Pflegebedürftigen, aber wieder weniger Pflegedienste (vgl. Tabellen 2 und 4).

Zahl der Pflegeplätze gestiegen

Die Zahl der Pflegeheimplätze je 1000 Einwohner hat sich in Stuttgart bis zum Jahr 2009 von 7,6 auf 8,2 Pflegeheimplätze je 1000 Einwohner verbessert. In der Landeshauptstadt sind bei der stationären Pflege mit 56 Pflegeheimen im Jahr 2009 bereits elf Pflegeheime mehr im Bestand als 1999. Die Zahl der Ende des Jahres 2009

rund 5200 verfügbaren Plätze in Pflegeheimen ist seit 1999 kontinuierlich ausgebaut sowie das Personal in den Pflegeheimen in der Landeshauptstadt mit 1999 knapp 3300 auf fast 4000 Beschäftigte Ende des Jahres 2009 fortwährend aufgestockt worden. Der Rückgang des Personals in Pflegeheimen 2007 konnte 2009 wieder ausgeglichen und sogar leicht erhöht werden.

58 % der Stuttgarter mit Pflegeversorgung zufrieden

Die Versorgungssituation wird von den Stuttgarter Bürgerinnen und Bürgern schon heute positiv gesehen. Laut Bürgerumfrage 2009 sind mehr als die Hälfte oder 58 Prozent der Stuttgarterinnen und Stuttgarter mit der Versorgung durch Alten- und Pflegeheime in der Landeshauptstadt Stuttgart sehr zufrieden/zufrieden, weitere 38 Prozent sind teils/teils zufrieden und lediglich acht Prozent sind (sehr) unzufrieden.

Tabelle 5: Pflegeeinrichtungen und Personal im Pflegedienst in Stuttgart 1999 bis 2009

Jahr	Ambulante Pflege		Stationäre Pflege			
	Pflegedienste	Personal in Pflegediensten	Pflegeheime	verfügbare Plätze in Pflegeheimen		Personal in Pflegeheimen
				insgesamt	darunter vollstationäre Dauerpflege	
1999	51	1 044	45	4 443	4 267	3 271
2001	43	1 092	44	4 436	4 269	3 274
2003	52	1 157	44	4 447	4 262	3 457
2005	52	1 190	56	5 009	4 771	3 954
2007	62	1 345	55	4 964	4 692	3 732
2009	57	1 408	56	5 171	4 862	3 987

Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KommunIS

Stuttgart ist gut aufgestellt und auf einem nachhaltigen Weg

Zahl der Pflegebedürftigen wird sich in Stuttgart weiter erhöhen

Ohne Frage steigt aufgrund des medizinischen Fortschritts und der demografischen Entwicklung langfristig die Zahl der älteren Menschen in Stuttgart. Nach den Prognoseberechnungen des städtischen Statistischen Amtes aus dem Jahr 2009 (Prognosebasisjahr 2008) nimmt bis zum Jahr 2025 die jüngere Altersgruppe zwischen 65 bis 75 Jahren um 9700 Personen oder 15,4 Prozent ab, während die Zahl der Stuttgarter Seniorinnen und Senioren im Alter zwischen 75 und 85 Jahren um + 4600 Personen oder + 13,8 Prozent sowie im Alter von 85 + um 2500 Personen oder + 18,0 Prozent stark zunehmen werden. Mit diesem demografischen Wandel wird sich auch die Zahl der Pflegebedürftigen in Stuttgart weiter erhöhen. Auch wenn sich die Altersbilanz der Einwohner mit einem Plus von 7100 bei den über 75-Jährigen und einem Minus von 9700 in der Altersgruppe der 65- bis 74-Jährigen zu einem Gesamtrückgang der Seniorinnen und Senioren um minus 2600 Einwohner bis zum Jahr 2025 addiert. Entscheidend ist, dass die Generation 75 + zunimmt. Bei Pflegequoten im Land, die bereits heute 50 Prozent bei den über 90-Jährigen, 32 Prozent bei den 85- bis 89-Jährigen und 12 Prozent bei den 75- bis 84-Jährigen liegen, ist zu erwarten, dass von den prognostizierten 7100 mehr Einwohnern in Stuttgart bis zum Jahr 2025 rund 30 bis 40 Prozent, also etwa 2130 bis 2840 Pflegebedürftige mehr zu erwarten wären. Diese Zahlen sind jedoch mit Vorsicht zu behandeln, weil erst noch die Ergebnisse des Zensus 2011 abgewartet werden müssen, um eine neue Basis für eine mittelfristige Prognose der Einwohner als Voraussetzung für neue Schätz- und Zielwerte zu haben.

Bis 2015 über 5900 Pflegeplätze in Stuttgart

Für die Landeshauptstadt Stuttgart (Gemeinderatsdrucksache 631/2010 Kreispflegeplanung) wurden auf der Grundlage der amtlichen Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes bis 2015 als untere Variante 5110 und als obere Variante 5650 stationäre Pflegeplätze errechnet. Der Stuttgarter Gemeinderat hat bereits 2001 beschlossen, sich an der oberen Variante zu orientieren, um der demografischen Herausforderung in angemessener Weise Rechnung zu tragen. Im Herbst 2010 gab es in Stuttgart 5445 Pflegeplätze, „weitere 460 Plätze sind im Bau oder in konkreter Planung“ zum Beispiel in Bad Cannstatt, Degerloch und Möhringen, so dass nach Berechnungen des Sozialamtes im Jahr 2015 in der Landeshauptstadt insgesamt 5905 Pflegeplätze vorhanden sein werden, 255 Pflegeplätze mehr als bisher in der Bedarfsplanung des Landes vorgesehen. Die Stadt Stuttgart ist also mit ihrem Angebot an Pflegeplätzen gut gerüstet. Für 2011 wird eine Fortschreibung des Landespflegeplanes Teil III – Stationäre Pflegeeinrichtungen – durch das Land mit Bedarfsaussagen für das Jahr 2020 erwartet.

Autor:
Robert Gunderlach
Telefon: 0711 216-98552
E-Mail: robert.gunderlach@stuttgart.de

Pflegestufe 0

Auch Personen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz, die noch nicht die Voraussetzungen für eine Einstufung in die Pflegestufe I erfüllen, haben mit Inkrafttreten der Pflegereform einen Anspruch auf einen Betreuungsbetrag. Man spricht hier von der so genannten "Pflegestufe 0".

Pflegestufe I – erhebliche Pflegebedürftigkeit

Erhebliche Pflegebedürftigkeit liegt vor bei einem mindestens einmal täglich erforderlichen Hilfebedarf bei mindestens zwei Verrichtungen aus einem oder mehreren Bereichen der Grundpflege (Körperpflege, Ernährung oder Mobilität). Zusätzlich muss mehrfach in der Woche Hilfe bei der hauswirtschaftlichen Versorgung benötigt werden. Der wöchentliche Zeitaufwand muss im Tagesdurchschnitt mindestens 90 Minuten betragen, wobei auf die Grundpflege mehr als 45 Minuten entfallen müssen.

Pflegestufe II – Schwerpflegebedürftigkeit

Schwerpflegebedürftigkeit liegt vor bei einem mindestens dreimal täglich zu verschiedenen Tageszeiten erforderlichen Hilfebedarf bei der Grundpflege (Körperpflege, Ernährung oder Mobilität). Zusätzlich muss mehrfach in der Woche Hilfe bei der hauswirtschaftlichen Versorgung benötigt werden. Der wöchentliche Zeitaufwand muss im Tagesdurchschnitt mindestens drei Stunden betragen, wobei auf die Grundpflege mindestens zwei Stunden entfallen müssen.

Pflegestufe III – Schwerstpflegebedürftigkeit

Schwerstpflegebedürftigkeit liegt vor, wenn der Hilfebedarf so groß ist, dass er jederzeit gegeben ist und Tag und Nacht anfällt (rund um die Uhr). Zusätzlich muss die pflegebedürftige Person mehrfach in der Woche Hilfe bei der hauswirtschaftlichen Versorgung benötigen. Der wöchentliche Zeitaufwand muss im Tagesdurchschnitt mindestens fünf Stunden betragen, wobei auf die Grundpflege (Körperpflege, Ernährung oder Mobilität) mindestens vier Stunden entfallen müssen.

Quelle: Bundesministerium für Gesundheit

Pflegestatistik

„Die Pflegestatistik wird von der amtlichen Statistik des Bundes und der Länder seit Dezember 1999 im 2-jährlichen Rhythmus durchgeführt. Ziel dieser Statistik ist, Daten zum Angebot von und der Nachfrage nach pflegerischer Versorgung zu gewinnen. Es werden daher Daten über die Pflegebedürftigen sowie über die Pflegeheime und ambulanten Dienste einschließlich des Personals erhoben. Die Statistik setzt sich aus zwei Erhebungen zusammen: Zum einen werden die ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen befragt, zum anderen liefern die Spitzenverbände der Pflegekassen und der Verband der privaten Krankenversicherung Informationen über die Empfänger/-innen von Pflegegeldleistungen – also die meist von Angehörigen gepflegten Leistungsempfänger/-innen. Der Erhebungstichtag für die Erhebung bei den ambulanten und stationären Pflegeeinrichtungen ist der 15.12; der für die Pflegegeldempfänger/-innen – organisatorisch bedingt davon abweichend – der 31.12. • Die Definitionen und Abgrenzungen der Statistik beruhen auf dem Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI). Die Rechtsgrundlage für die Statistik bildet ebenfalls das SGB XI (§ 109 Abs. 1 in Verbindung mit der Pflegestatistikverordnung vom 24.11.1999, BGBl. I S. 2282).“

„Erfasst werden Personen, die Leistungen nach dem SGB XI erhalten. Generelle Voraussetzung für die Erfassung als Pflegebedürftiger ist die Entscheidung der Pflegekasse bzw. des privaten Versicherungsunternehmens über das Vorliegen von Pflegebedürftigkeit und die Zuordnung der Pflegebedürftigen zu den Pflegestufen I bis III (einschließlich Härtefällen). Pflegebedürftig im Sinne des SGB XI sind Personen, die wegen einer körperlichen, geistigen oder seelischen Krankheit oder Behinderung für die gewöhnlichen und regelmäßig wiederkehrenden Verrichtungen im Ablauf des täglichen Lebens auf Dauer, voraussichtlich für mindestens sechs Monate, in erheblichem oder höherem Maße (§ 15) der Hilfe bedürfen (§ 14 Abs. 1 SGB XI) ... in Heimen versorgt. Hier werden die Pflegebedürftigen zugeordnet, die vollstationäre (Dauer- und Kurzzeitpflege) oder teilstationäre Pflege (Tages-/Nachtpflege) durch die nach SGB XI zugelassenen Pflegeheime erhalten. Im stationären Bereich werden auch die Pflegebedürftigen in die Erhebung einbezogen, die im Anschluss an einen Krankenhausaufenthalt direkt in die Pflegeeinrichtung aufgenommen wurden und Leistungen nach dem SGB XI erhalten, für die jedoch noch keine Zuordnung zu einer bestimmten Pflegestufe vorliegt. Da in diesen Fällen die Zuordnung der Pflegestufe oftmals erst rückwirkend mit einem Zeitverzug von bis zu sechs Monaten erfolgt, ist dieser Personenkreis bereits zum Erhebungstichtag mit zu berücksichtigen. Bei der teilstationären Pflege werden die versorgten Pflegebedürftigen erfasst, mit denen am 15.12. ein Vertrag besteht. Nicht erfasst werden im vollstationären Bereich die Empfänger/-innen von Pflegeleistungen der Hilfe für behinderte Menschen nach § 43 a SGB XI. Zum Personalbestand einer Pflegeeinrichtung gehören alle, die dort beschäftigt sind, die also in einem Arbeitsverhältnis zur Pflegeeinrichtung stehen und teilweise oder ausschließlich Leistungen nach SGB XI erbringen. Statistisch erfasst werden die Pflegeheime, die durch Versorgungsvertrag nach § 72 SGB XI zur Pflege zugelassen sind oder Bestandsschutz nach § 73 Abs. 3 und 4 SGB XI genießen und danach als zugelassen gelten. „eingestreute“ Kurzzeitpflege Plätze (Betten) in der vollstationären Dauerpflege, die kurzfristig flexibel für die Kurzzeitpflege genutzt werden können.“

Quelle: Statistisches Bundesamt, Pflegestatistik, März 2009

Literatur:

Arbeits- und Sozialministerium Baden-Württemberg online.

Bundesgesundheitsministerium online.

Baldo Blinkert/Thomas Klie: Soziale Ungleichheit und Pflege, aus: Das Parlament, Beilage Politik und Zeitgeschehen 12/2008, S. 25 - 33.

Landeshauptstadt Stuttgart: Ratsinformationssystem.

Statistisches Bundesamt online.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg online.

Statistisches Amt der Stadt Stuttgart Kommunales Informationssystem.

Die Landtagswahl am 27. März 2011 in Stuttgart



Landtagswahl am 27. März 2011

Eine Analyse des Wahlverhaltens
in räumlicher und sozialstruktureller
Differenzierung

2011, 78 Seiten, zahlreiche Tabellen,
Grafiken und Farbkarten
11 € (zuzüglich Versandkosten)

ISSN 1431-0996

**Landeshauptstadt Stuttgart
Statistisches Amt**

Eberhardstraße 39
70173 Stuttgart

Telefon 0711 216-98587
Telefax 0711 216-98570

E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de

Internet: www.stuttgart.de/statistik

Den Wahlkampf im Blick



Strukturdatenatlas Wahlen 2009

2009, 236 Seiten, zahlreiche Tabellen,
24 zweifarbige Übersichtskarten,
23 Grafiken, zahlreiche Schrägluftbilder
und Ansichtsfotos,
1 DVD

15,00 € (zuzüglich Versandkosten)
ISSN 1431-0996

- Eine Dokumentation der Ergebnisse der letzten vier Wahlen
- Eine umfangreiche Sammlung demographischer und sozialstruktureller Daten
- Alle Daten für die Ebenen der 349 Wahlbezirke und der 23 Stadtbezirke aufbereitet
- Für jeden Stadtbezirk eine Übersichtskarte mit Lage und Abgrenzung der Wahlbezirke
- Strukturdatenatlas Wahlen 2004: Eine unverzichtbare Informationsgrundlage für den Wahlkampf

Landeshauptstadt Stuttgart Statistisches Amt

Eberhardstraße 39
70173 Stuttgart

Telefon 0711 216-98587
Telefax 0711 216-98570

E-Mail: poststelle.12@stuttgart.de

Internet: www.stuttgart.de/statistik

Veröffentlichungen zu den Themen:

Die Bundestagswahl am 27. September 2009 in Stuttgart,
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Themenheft 2/2009

Strukturdatenatlas Wahlen 2009,
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Themenheft 3/2008

Thomas Schwarz:
**Das Wahlverhalten bei der Bundestagswahl 2009 in Stuttgart in
geschlechts- und altersspezifischer Hinsicht,**
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 10/2010, S. 303-331

Robert Gunderlach:
Pflegestatistik in Stuttgart,
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 5/2009, S. 136-145

**2009 leben in der Landeshauptstadt Stuttgart 40 515 schwerbehinderte
Menschen,**
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistik und Informationsmanagement,
Monatsheft 9/2010, S. 264-265